

# Der Grundstein

## Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonntagabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),  
bei Zusendung mit Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Verlags-Anzeigen  
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 80 4.

Inhalt: Baugenossenschaften, Hausagrarien und Wohnungsfrage. — Vermögensgenossenschaftlicher Arbeiterschutz. — Der Bericht der General-Kommission. — Wirtschaftliche Rundschau. — Politische Umschau. — Mäurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen, Bekämpfung des Verbandsvorstandes. — Bekämpfung der Bauverbände. — Bericht. — Zentral-Frankenkasse. — Sterbefälle. — „Grundstein zur Einigkeit“. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen usw. — Aus Unternehmerkreisen. — Aus anderen Berufen. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

### Baugenossenschaften, Hausagrarien und Wohnungsfrage.

Das Baugenossenschaftswesen hat im Laufe der letzten Jahrzehnte in Deutschland eine erhebliche Entwicklung erfahren. Diese Entwicklung tritt besonders scharf hervor in den mit proletarischen Massen dicht besiedelten Gebieten der großen Industrie. So sind (nach dem „Jahrbuch des allgemeinen Verbandes der Erwerbs- und Baugenossenschaften“) von dem im ganzen Deutschen Reiche bestehenden 691 Baugenossenschaften nicht weniger als 101, neben 22 Aktienbaugenossenschaften und 9 anderen Bauvereinen in der Rheinprovinz und 84 in Westfalen etabliert, von denen bis Ende des Jahres 1905 zusammen 5500 Häuser mit rund 15 000 Wohnungen hergestellt worden sind.

Die Ursachen des Baugenossenschaftswesens und seiner Entwicklung sind zu sehen in den für die sogenannten „kleinen Leute“, die Lohnarbeiter, kleinen Gewerbetreibenden und Beamten sich immer ungünstiger gestaltenden Wohnungsverhältnissen. Das Privateigentum an Grund und Boden, das ja nicht wie irgend ein anderes wirtschaftliches Gut vermehrt werden kann, während die Bevölkerung, die auf ihm wohnen muß, stetig wächst, wächst dem Besitzer oder dessen Beherrschter, dem Hypotheken-Gläubiger, ein fürchterliches Wuchermonopol. Die stetig wachsende Nachfrage nach Wohnungen auf beschränktem Raum bringt es mit sich, daß der Bodenpreis und damit auch der Preis der Häuser und Mietwohnungen beständig steigt, so daß die Mieten für die „kleinen Leute“ mehr und mehr unerschwinglich werden. Hierzu kommt die schlechte Beschaffenheit der Mietwohnungen in Spekulationsbauten; in weitaus den meisten Fällen entsprechen die Mietskasernen, in denen oft Hunderte von Menschen zusammengepfercht wohnen müssen, den hygienischen Anforderungen nicht. Das Wuchermonopol ist für die Grundeigentümer umso ergiebiger, je schlechtere Häuser sie bauen und verkaufen, je schlechtere Wohnungen sie vermieten können. Die baupolizeilichen Bestimmungen haben sich bis jetzt diesem Monopol und seinen schlimmen Konsequenzen gegenüber als völlig unzureichend erwiesen.

Grundsätzlich ist zu fordern, daß Staat und Gemeinde sich der „Lösung der Wohnungsfrage“ in der Weise angelegen sein lassen, daß sie der Herrschaft des Bodenwucher-Monopols entgegenwirken; daß sie den Wohnungsbedürfnissen genügen, indem sie auf eigenem Grund und Boden Häuser mit guten, gesunden Wohnungen errichten und diese zu Preisen vermieten, die die Erhaltung, Unterhaltung und Verwaltungskosten nicht übersteigen. Aber zu dieser wichtigen und notwendigen Reform haben sich Staat und Gemeinde, deren Gesetzgebung und Verwaltung dem bestimmenden Einfluß des privatkapitalistischen Interesses unterliegt, bis jetzt nicht verstehen können.

In Anbetracht all dieser Tatsachen müssen die Baugenossenschaften, sofern sie nicht auch der Spekulation dienen, vielmehr durchaus darauf berechnet sind, den berechtigten Interessen ihrer Mitglieder zu genügen, gute und preiswerte Wohnungen herzustellen, als eine

sehr nützliche Einrichtung gewürdigt werden. Sie verdienen Anerkennung und jegliche Unterstützung von Seiten der Bevölkerung und des öffentlichen Lebens. Es ist ein durchaus gesunder Zug der Entwicklung sozialpolitischer Geistes, daß die Landesversicherungsanstalten ihre — größtenteils durch die versicherten Arbeiter ausgebrachten — reichen Mittel unter gewissen Bedingungen dazu verwenden, den Baugenossenschaften zum billigsten Zinsfuß Darlehen zu gewähren. Hier und da sind auch die Gemeinden zu Unterstützungen und Vergünstigungen von Baugenossenschaften veranlaßt worden. Gegen diese Unterstützung und Förderung des Baugenossenschaftswesens aber kämpfen schon seit Jahren die Haus- und Grundbesitzervereine mit einem wahren Fanatismus, als gegen eine Art von „unlauterem Wettbewerb“. Keine Reichstagssession vergeht, ohne daß sie das Parlament und die Reichsregierung mit Petitionen belästigen, in denen sie klagen über die Konkurrenz, die ihnen das Baugenossenschaftswesen mit öffentlicher Hilfe macht. Sie pochen auf das Grund- und Mietswuchermonopol als auf ein „unantastbares Recht“ und sie verlangen, daß dieses Recht von der Reichsregierung und den Gemeinden unbedingt respektiert wird durch Unterlassung der Unterstützung der Baugenossenschaften aus öffentlichen Mitteln. Jetzt hat sich der Verband rheinisch-westfälischer Haus- und Grundbesitzervereine mit diesem Verlangen an den Reichstag gewandt. Was er geltend macht, ist nichts Neues; es sind die Gründe rücksichtslos Sonderinteresses. Er behauptet: Die Grund- und Hausbesitzer seien „Steuerzahler bester Art“, denen kein drückender Wettbewerb bereitet werden dürfte. Wohl gemerkt: die Steuern, die diese Herren entrichten, sind ein geringer Bruchteil des Wucherprofits, den ihnen die Mieter schaffen. Sie behaupten weiter, die Vergabe öffentlicher Gelder an Baugenossenschaften sei eine „Begünstigungspolitik“, eine „Wirtschaftsweihe“, „die mit einer gerechten Sozialpolitik nicht in Einklang zu bringen“ sei!!! Also ist es „gerechte“ Sozialpolitik, die Massen der Mieter den Grund- und Hausbesitzern tributpflichtig zu erhalten! Nicht wahr, es ist „sehr gerecht“ und ein „sehr gesundes“ sozialpolitisches Verhältnis, daß der Lohnarbeiter, der kleine Beamte u. dergleichen sind, oft bis zu einem Drittel ihres Einkommens auf eine mehr oder weniger schlechte und unzureichende Mietskasernenwohnung zu verwenden! Es ist nach der Herren Meinung, der Begriff aller sozialpolitischen Gerechtigkeit, daß die wucherische Ausbeutung der Mieter keine Beeinträchtigung erfährt, daß überhaupt das kapitalistische Schmarogertum in seinen erworbenen Rechten nicht getränkt wird!

Die Petition möchte glauben machen, der städtische private Grundbesitz mit seinem Wuchermonopol, seinem aus Ausbeutung resultierenden unverdienten Wertzuwachs sei „ein für die Volkswirtschaft notwendiger und unentbehrlicher Faktor“, der „Schutz und Fürsorge der herrschenden Gewalten“ verdiene. Gerechtes und vernünftiges Urteil aber erklärt, daß das Gegenteil richtig ist. Staat und Gesellschaft würden in volkswirtschaftlicher Hinsicht nicht das geringste verlieren, vielmehr erheblich gewinnen, wenn dem Boden- und Mietswuchermonopol gründlich ein Ende gemacht, wenn Grund und Boden in Gemeinbesitz übergeben und wenn Gemeinwesen für die Bedürfnisse der Bevölkerung ausgenutzt werden würde. Das ist eine Ansicht, zu der sich nicht nur „böse“ Sozialdemokraten, sondern auch bürgerliche Sozialpolitiker bekennen. Auf keinem anderen Wege läßt sich die gründliche Lösung der Wohnungsfrage erreichen.

Die allgemeine ökonomische Entwicklung bringt es mit sich, daß ungezählte wirtschaftliche Existenzen als überflüssig bei Seite geschoben, selbständige kleine Handwerker und sonstige Gewerbetreibende vernichtet werden. Das ist für die von diesem Prozeß Betroffenen schmerzhaft, aber nicht zu verhindern. Und Staat und Gesellschaft gehen darunter nicht zu grunde; sie nehmen nur andere, neue Formen des wirtschaftlichen Lebens an. Wo nehmen die Haus- und Grundbesitzer und gerade sie, die ein unheilvolles wirtschaftliches System repräsentieren, ein Recht her auf den Anspruch, daß ihr privatkapitalistisches Interesse unbedingt als ein dauerndes und unantastbares geachtet werde? Es gibt kein Recht auf ewige Dauer des erworbenen Rechts. Dieses muß immer neuen Rechtsbegriffen und Rechtseinrichtungen, wie sie das Interesse der Gesamtheit erheischen, weichen. So ist die Verechtigung des Privateigentums an Grund und Boden und des Wohnungswuchermonopols auch nur eine Frage der Zeit.

Zur weiteren Rechtfertigung ihres Vorgehens gegen die Baugenossenschaften und deren Unterstützung aus öffentlichen Mitteln wagen die Petenten die Behauptung, daß, genau betrachtet, eigentlich gar keine Wohnungsmisere für die arbeitenden Klassen bestehe. Die Mietverhältnisse im Rheinland und Westfalen seien „sehr günstige“ für die Mieter, so „günstige“, wie sie bei dem kulturellen Charakter einer vorwiegend industriellen Bevölkerung nur irgend sein können“. Die Wohnungen seien „in ausreichender Zahl“ vorhanden, „preiswert“ und „fast ausnahmslos gut und geräumig, leicht zu lüften und zu heizen“, weshalb die Institutionen der Baugenossenschaften „gänzlich überflüssig“ seien, und zwar „um so mehr, als auch seitens zahlreicher Arbeitgeber in oft mehr als nötiger Weise (!) für den Bau von Arbeiter- und Angestelltenhäusern gesorgt werde. Wir glauben die Überzeugung aussprechen zu dürfen, daß diese Behauptungen nicht der Wahrheit gemäß sind. Aber es dürfte doch sehr nützlich sein, wenn die organisierte Arbeiterschaft Rheinlands und Westfalens, insbesondere die des Maurerverbandes, sich dazu äußern würde, wie denn überhaupt diese Arbeiterschaft das größte Interesse daran hat, sich mit der Wohnungsfrage mehr als seither zu beschäftigen.

Daß die Hausagrarien übrigens nicht nur betreffs der direkten Ausbeutung der Mieter das Eingreifen der staatlichen Gewalten zu ihren Gunsten fordern, zeigte wieder einmal der „Rheinische Landesverband der Haus- und Grundbesitzervereine“, der vor einigen Wochen seinen Verbandstag in Berlin abhielt. Diese Versammlung hat sich sogar angemaßt, gegen die Verordnungen zum Schutze der Bäderarbeiter und der Brotkonsumenten Sturm zu laufen. Die menschenfreundlichen Herren fordern, daß die Verordnung auf schon bestehende Bäder keine Anwendung finde, weil die Hausbesitzer sonst sehr viele lebende Bäder, wo weder Licht noch Luft hineinkommt, nicht weiter für den Betrieb von Bädereien vermieten können. Ferner ist dem Hausagrarien jegliche Aufdeckung von Mißständen im Wohnungsweisen ein Greuel. Die sehr verdienstvollen Wohnungssequenzen Berliner Ortskrankenkassen möchten die Herren als Mißbrauch von Krankenkassengeldern demnizieren und die Aufsichtsbehörde der Klassen scharf machen, solche Sequenzen zu verbieten. Ein Teilnehmer des Hausagrarien-Parlaments verstieg sich zu der abnormen Behauptung, die Untersuchungen über die Wohnungsmisere hätten ja doch nur den Zweck, „in sozialdemokratischem Sinne Zwietracht gegen die Hausbesitzer zu erregen“.

Die Wohnungsfrage wird demnächst den Reichstag wiederum beschäftigen auf Grund des Antrages der sozialdemokratischen Fraktion:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf, betreffend Regelung des Wohnungswesens, vorzulegen, insbesondere Normativbestimmungen bezüglich der Beschaffenheit der Wohnungen und der Durchführung der Wohnungsinpektion, sowie Schaffung eines Reichs-Wohnungsamts.

Es ist sehr wichtig, ja unerlässlich, daß die sozialdemokratische Fraktion sich bei der Verhandlung dieses Antrages auf ein von der organisierten Arbeiterschaft geliefertes einwandfreies Material mit stützen kann. Wir bitten unsere Kollegen und Genossen, diese Mahnung zu beherzigen. Es ist eine Hauptfrage, den Tendenzen der Grund- und Hausbesitzervereine und ihren wider das Baugenossenschaftswesen gerichteten spekulativen Antrieben energig entgegenzutreten. Für die Arbeiter des Baugewerbes kommen dabei ja sehr ernste und wichtige berufliche Interessen mit in Betracht. Grund- und Boden-, Häuser- und Mietswucher, gewissenlose Spekulation, Ausschwindel, unsolide Bauausführung, mit ihren schlimmen Konsequenzen (Lohnbetrug, Steigerung der Unfallgefahr etc.) können engstens zusammen-

Also, helfet unablässig und energig mit, Kollegen und Genossen, die nötigen Klarstellungen in der Wohnungsfrage zu ermöglichen!

Berufsgenossenschaftlicher Arbeiterschutz.

Die seit dem Jahre 1886 alljährlich vom Reichsversicherungsamt veröffentlichten Rechnungsergebnisse der Unfallversicherungsgenossenschaften zeigen seit 15 Jahren eine stetige absolute wie relative Zunahme der Betriebsunfälle, und alle Hoffnungen, daß endlich einmal, wenn nicht sofort ein merklicher Rückgang, so doch ein Stillstand der Unfallziffer zu verzeichnen sei, mußten von Jahr zu Jahr zu Grunde getragen werden. Derselbe Enttäuschung bringen uns und allen Menschenkinder leider auch die seit einigen Wochen veröffentlichten Berichte für das Jahr 1905. Im Jahre 1903 waren im ganzen 530 507 Unfälle gemeldet worden - im Jahre 1904 fünf deren Zahl auf 583 965 -, im Berichtsjahre wurde mit 609 160 Unfällen das höchste Hunderttausend überschritten. Auf 1000 Versicherte kamen Unfälle im Jahre 1903 27,26, 1904 29,38 und 1905 33,09. Seit 1894, da die relative Unfallhäufigkeit nur 15,55 pro Tausend betrug, hat sich die Unfallgefahr nahezu verdoppelt. Während die Zahl der Verletzten seit 1894 nur um 11,2 pZt. stieg, wuchs die Zahl der Berufstätigen um 115,3 pZt. Das sind furchtbare Zahlen, die alle Schatzkammern unserer offiziellen Sozialpolitik glatt zu Boden schlagen.

Auch die Zahl der schweren Unfälle, derjenigen, die eine entschädigungsberechtigte Erwerbsunfähigkeit zurücklassen, ist gestiegen, wenn auch nicht in so bedeutendem Maße. Es wurden erstmalig Entschädigungen schiefgelegt: 1903 für 129 375, 1904: 137 673 und 1905: 141 121. Das ist eine Zunahme der entschädigten Unfälle um 3448. Auf je 1000 Versicherte entfielen 1903: 6,57, 1904: 6,89 und 1905: 6,90 entschädigte Unfälle. Auch deren Zahl hat sich seit 1894, wo nur 68 677 Unfälle (3,77 pro Tausend) entschädigt wurden, verdoppelt.

Die Gesamtzahl der gemeldeten Unfälle ist seit 1886, seit Bröckern der Unfallversicherung, auf mehr als 6½ Millionen (6 773 906) angewachsen; die Zahl der entschädigten Unfälle hat eine Höhe von 1½ Millionen überschritten (1 555 890), und von Jahr zu Jahr setzt sich die Steigerung in ungestümmerem Tempo fort.

Die Zahl der tödlich endenden Unfälle vermehrte sich von 8752 im Jahre 1904 auf 8928 im Jahre 1905, die der Unfälle mit dauernder völliger Erwerbsfähigkeit wurde von 1604 auf 1487 vermindert. Die tödlich Verunglückten hinterließen 19 086 Entschädigungsberechtigte, nämlich 6198 Witwen, 12 584 Kinder und 2042 Verwandte aufsteigender Linie.

Die Gesamtzahl der versicherten Personen betrug 20 245 512, wovon 8 185 782 auf die gewerblichen und 11 189 071 auf die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften entfielen. Die letztere Ziffer entspricht aber nicht der wirklichen Zahl, da die Organisation der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften so rückständig ist, daß sie nicht einmal die Zahl ihrer Versicherten feststellen können. Bei den Staats- und Kommunalbehörden waren 367 709 Personen versichert. Von den 609 160 gemeldeten Unfällen entfielen 144 445 auf die gewerblichen und 144 989 auf die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften. Von den 141 121 erstmalig entschädigten Unfällen entfielen 68 380 auf die gewerblichen und 66 335 auf die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften. Einmalig der aus früheren Jahren überkommenen Entschädigungen wurden 1905 449 785 Unfälle in der gewerblichen und 387 412 Unfälle in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung entschädigt.

In den gewerblichen Berufsgenossenschaften hatten 5154 Versicherte den Tod, 572 dauernd völlige und 29 423 dauernd teilweise Erwerbsunfähigkeit zur Folge, während 38 211 Unfälle zu vorübergehender Erwerbsbeschränkung führten.

Die Zahl der dauernd völlig Erwerbsunfähigen ist in auffälligem Gegensatz zur allgemeinen Steigerung der Unfallfrequenz von Jahr zu Jahr hermindert worden und ist jetzt beläufig auf dem Tiefstand innerhalb einer zwanzigjährigen Periode angelangt. Das wäre gewiß ein erfreuliches Ergebnis, wenn es bewiese, daß es der Wissenschaft und der ärztlichen Kunst gelungen sei, die schwersten Unfallfolgen zu vermeiden. Leider beweist es nur, daß jetzt weniger als früher an Schwerverletzten die Volkente gezählt wird, und daß Anträge nach dieser Richtung häufiger als früher abgewiesen werden. Solange die Unfallversicherung lediglich von den Unternehmern verwaltet wird und solange die Berufsgenossenschaftsärzte von Unternehmern abhängig sind, wird sich das auch nicht ändern.

Ueber die Unfallhäufigkeit in den gewerblichen Berufsgruppen gibt folgende Tabelle Auskunft:

Table with 10 columns: Berufsgruppe, Zahl der Versicherten 1905, Zahl der entschädigten Unfälle 1905, Zahl der entschädigten Unfälle 1904, Zahl der entschädigten Unfälle 1903, Zahl der entschädigten Unfälle 1902, Zahl der entschädigten Unfälle 1901, Zahl der entschädigten Unfälle 1900, Zahl der entschädigten Unfälle 1899, Zahl der entschädigten Unfälle 1898. Rows include Bergbau, Eisenindustrie, Glas, Zement, etc.

Table with 10 columns: Berufsgruppe, Zahl der Versicherten 1905, Zahl der entschädigten Unfälle 1905, Zahl der entschädigten Unfälle 1904, Zahl der entschädigten Unfälle 1903, Zahl der entschädigten Unfälle 1902, Zahl der entschädigten Unfälle 1901, Zahl der entschädigten Unfälle 1900, Zahl der entschädigten Unfälle 1899, Zahl der entschädigten Unfälle 1898. Rows include Bergbau, Eisenindustrie, Glas, Zement, etc.

Danach schwankt die Unfallhäufigkeit in den einzelnen Industrien zwischen 10,78 und 126,46 pro 1000 Versicherte. Der niedrigsten Ziffer erfreut sich das öffentliche Baugewesen, das von dem privaten Baugewerbe fast um das vierfache Betroffen wird, ein Erfolg, mit dem die Baugewerks-Berufsgenossenschaften wahrlich nicht prahlen können. Diese können sich allerdings darauf berufen, daß es in anderen Gewerben noch viel schlimmer ist. Den Industrien nach reißt der Bergbau mit 126,46 obenan, betrachtet man jedoch die Ziffern der einzelnen Berufsgenossenschaften, dann gehen die Brauerei- und Mälzereiberufsgenossenschaften mit 129,81 und

die Rheinisch-Westfälische Glätten- und Malzwerk-Berufsgenossenschaft mit 198 weit darüber hinaus.

Was haben nun die Berufsgenossenschaften, die verpflichtet sind, Einrichtungen zur Unfallverhütung zu treffen, getan, um dieser Pflicht zu genügen? Dem Erfolge nach herzlich wenig; denn die Fürsorge ist absolut nicht erschöpfend. Das ergibt man auch schon aus der Summe von M. 1 373 696,58, die sämtliche Berufsgenossenschaften, gewerbliche wie landwirtschaftliche, im Berichtsjahre für Unfallverhütung verausgabt haben. Das ist für sich eine große Summe; sie ist aber lächerlich gering gegenüber den M. 13 936 667,50 Verwaltungskosten, den M. 4 480 899,38 für Unfalluntersuchung und den M. 1846 357,99 für Rechtsverfahren, d. h. um Verletzten die Rente zu entziehen oder zu kürzen. Von den M. 1 373 696,58 entfallen M. 1 251 807,49 auf die gewerblichen Berufsgenossenschaften. Im einzelnen sind dabei ausgegeben für den Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften M. 48 133,87, für Überwachung der Betriebe M. 1185 503,19, für die Abwendung von Unfallschicksalen und Rettung Verunglückter M. 18 370,57. Technische Aufsichtsbearbeiter zur Überwachung der Betriebe waren bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 270 und bei den landwirtschaftlichen 15 angestellt. Man denke, die 270 Aufsichtsbearbeiter der gewerblichen Berufsgenossenschaften hatten 637 611 versicherungspflichtige Betriebe mit 8195 732 durchschnittlich beschäftigten Personen zu kontrollieren, d. h. sie hätten sie kontrollieren müssen, wenn sie sich überzeugen wollten, ob Unfallverhütungsvorschriften ausgehängt und ob sie befolgt werden. Sie haben sie natürlich nicht kontrollieren können, obwohl dies bei sehr vielen Betrieben des öfteren bringen notwendig wäre. Dabei sind 203 dieser Kontrollreue auch noch Rechnungsbeamte, so daß man annehmen kann, daß bei manchen die Kontrolle der Betriebe in Hinsicht auf die Betriebsgefahr ganz ins Hintertreffen gerät. Ist es übrigens nicht der reine Hohn auf die Unfallverhütung, wenn Berufsgenossenschaften, die Schnappschäfts- (umfaßt den ganzen Bergbau), Rheinisch-Westfälische Glätten- und Malzwerks-, Nordwestl. Eisen- und Stahl-, Glas-Berufsgenossenschaften etc., je einen Technischen Aufsichtsbearbeiter angestellt haben. Die Tätigkeit dieser Herren unter Unfallverhütung zu rubrizieren, ist wirklich ein starkes Stück. Jeder von den Beamten mag sein bestes Können einbringen, um seiner Aufgabe gerecht zu werden, aber bei den vielen und riesigen Betrieben findet er weder Anfang noch Ende in der Kontrolle; die Aufsicht kann nur in einer ganz flüchtigen Besichtigung weniger Betriebe bestehen, die mit Arbeiterschutz so gut wie gar nichts zu tun hat.

Der Bericht der Generalkommission.

Die Generalkommission, die oberste Spitze der deutschen Gewerkschaftsbewegung, erstattet in der Nr. 14 ihres Correspondenzblattes den Jahresbericht für die Zeit vom 1. Mai 1905 bis zum 31. Dezember 1906. Der Jahresbericht ist ein untergeordnetes, von der alljährlich erscheinenden großen Gewerkschaftszeitung, dieser enthält die Angaben über die Tätigkeit der Generalkommission und kann die Entwicklung der Gewerkschaften an sich nur flüchtig streifen.

Es wird zunächst das mit dem alten Reichstage gefallene Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine gebührt, der das wichtigste Ereignis auf dem Gebiete der gesetzlichen Regelung des Gewerkschaftsrechts gewesen sei. Ueber die von der Generalkommission eingeleitete Abstraktion wird berichtet:

Neben den Vertretern der sozialdemokratischen Partei wurde die Gesetzesvorlage auch von den Vertretern des Zentrum und der Freikämmlinge bekämpft. Es galt jedoch, auch die Gewerkschaften, welche in diesen Parteien ihre politische Vertretung sehen, zu einer entsprechenden Kundgebung zu veranlassen. Die Generalkommission wählte die diesbezügliche an die Leitung der Christlich-Sozialen Gewerksvereine und der christlichen Gewerkschaften mit dem Ersuchen, einen gemeinsamen Gesetzentwurf Stellung nehmen zu lassen. Die Leitung der Christlich-Sozialen Gewerksvereine stimmte dem Vorschlag zu, während die Leitung der Christlichen Gewerkschaften den Vorschlag mit der wenig schlüssigen Begründung ablehnte, daß sie „Christen“, einen „nationalen“ Arbeiterkongress einberufen hätten, der sich auch mit der Gesetzesvorlage beschäftigen solle. Von der Generalkommission wurden daraufhin die Vorbereitungen für einen Kongress der Gewerkschaften angeordnet, der in der Hauptsache getroffen und wurde gleichzeitig eine umfassende Agitation gegen die Gesetzesvorlage eingeleitet. Die Arbeiter fanden ihren Beschluß mit der am 18. Dezember 1906 erfolgten Auflösung des Reichstages. Mit ihr erlosch die Arbeit der Berufsvereine, auch die Gesetzesvorlage, betreffend die Berufsvereine.

Ueber die Ansichten des bekannten Gesetzentwurfs meint der Bericht:

Die verbündeten Regierungen die Vorlage in gleicher oder veränderter Form wieder einbringen werden, ist noch zweifelhaft. Sie ist zwar von Regierungsbekanntem gelegentlich im neuen Reichstage angeklungen. Die gegenwärtige Zusammensetzung des Reichstages dürfte es der Regierung kaum geteuer erscheinen lassen, mit dieser Vorlage wieder zu kommen, weil sie das konstitutionell-liberale Geschicklich zu Auflösung bringen könnte. Oder aber, der Liberalismus müßte so weit gekommen sein, daß er um des lieben Hausfriedens willen einem Gesetz zustimmt, das dazu dienen wird, die gewerkschaftliche Tätigkeit der Arbeiter zu behindern.

Insere heutiger Liberalismus macht es immer schwerer, diese Befürchtungen, nicht zu hegen. Selbstverständlich könnte der Entwurf nur gegen den entschiedensten Widerstand der Gewerkschaften Gesetz werden. Bringt man ihnen

troß dieses Widerstandes ein solches Gesetz auf, so werden sie trotzdem und allem ihren Organisationsbau so aus- gestalten, daß auch dieses Mittel, ihn zu erschüttern, ver- fagen wird. Die modernen Gewerkschaften haben heute einen Umfang erreicht, bei dem es nicht mehr möglich sein wird, sie in ihrem Wirken behindern oder sie gar vernichten zu können. In dem letzten von der Genera- lkommission vorgelegten Rechenschaftsbericht im Mai 1905 wurde mit Genugtuung konstatiert, daß die Gewerkschaften 1904 im Jahresdurchschnitt 1 052 108 und am Jahreschluß 1 116 723 Mitglieder hatten. Im Jahre 1905 erreichte die durchschnittliche Mitgliederzahl die Ziffer von 1 344 803 und am Jahreschluß von 1 429 303. Das Jahr 1906 dürfte mit einem Mitgliederbestand von 1 800 000 abschließen.

Der Bericht erörtert dann kurz die Wirkungen der zu- rückgehenden Wirtschaftskontunktur auf die Lohnbewegungen und auf das Wachstum der Organisationen und gedenkt auch der kritischen Zeit, wo das Ver- hältnis zwischen der Partei und den Ge- werkschaften durch die illegitime Veröffentlichung des vielberufenen Konferenzprotokolls den Gipfel der Span- nung erreicht hatte. Lassen wir jene Zeit ruhen und schließen wir uns der Hoffnung an, die im Bericht aus- gesprochen wird: „Sofortlich haben die Auseinander- setzungen, an denen die Jahre 1905 und 1906 überreich waren, das Gute, daß in Zukunft das heule. Jede einmütige Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaften nicht wieder durch Schriftsteller gestört wird, die einen größeren Wert auf revolutionäre Schlagworte, als auf praktische Mitarbeit in Revolutions- und Arbeiter- bewegung legen.“

Über die Heimarbeit. Ausstellung heißt es im Bericht:

Die Ausstellung von Erzeugnissen der Heim- arbeit, über deren Vorarbeiten im letzten Rechenschafts- bericht Mitteilung gemacht wurde, fand vom 17. Januar bis Ende Februar 1906 in Berlin statt. Die Wirkung der Ausstellung war momentan eine äußerst gute. Nachdem die deutsche Kaiserin die Ausstellung besucht hatte, gehörte es zum guten Ton in den Gesellschaftskreisen, welche die kunstvollen Produkte brauchten, bei deren Herstellung die Heimarbeiterrinnen langsam verdingern, die Aus- stellung gesehen zu haben. Auch Vertreter der Regierung kamen, fanden wohl auch ein Wort des Lobes gegen die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft und kehrten zurück in die Regierungskabinette, in welcher wohl Gedanken reifen können zur Vermeidung des Reichtums ostentativer Junker, nicht aber zur Beseitigung menschlichen Elends, wie es sich uns in der Heimarbeit darbietet. Allen Par- teien im Reichstage gab die Ausstellung Anregung, gleich der sozialdemokratischen Partei, mit Anträgen zum Schutze der Heimarbeit zu kommen. Aber das warme Herz für den leidenden Teil des Proletariats wurde höher und scheint nunmehr völlig erkalte, denn nur die sozialdemo- kratische Partei tritt heute noch für den Schutz der Heim- arbeiter ein. Leider ist es ihr bei dem geringen Einfluß, den der Reichstag bezüglich seiner Initiativanträge hat, noch nicht gelungen, ihre Gesetzesvorschläge zur Verhand- lung zu bringen.

Die Schlußrechnung über die Heimarbeit aus- stellung ergab einen Ueberschuß von circa 3200. Aus den beteiligten bürgerlichen Kreisen wurde vorgeschlagen, den Ueberschuß als Fonds anzulegen, der gelegentlich zu ähnlichen Zwecken Verwendung finden sollte. In einer Sitzung von Vertretern der an der Heimarbeit ausstellung beteiligten Gewerkschaften wurde mit 14 gegen 2 Stimmen beschlossen, den vorhandenen Ueberschuß zur Agitation gegen die Schäden der Heimarbeit zu verwenden. Ein dauerndes Zusammenarbeiten mit den an der Sache be- teiligten Organisationen und Personen sei unmöglich, weil die Gegenfälle in den politischen Anschauungen zu groß sind. Selbstverständlich werden jederzeit die Gewerkschaften zu einer gemeinsamen Aktion zur Bekämpfung der Heimarbeit bereit sein. In der Schlußsitzung des Kuratoriums wurde daraufhin beschlossen, den Ueberschuß in der Weise zu teilen, daß die eine Hälfte an die Genera- lkommission, die andere an das Bureau für Sozialpolitik abgehört wird.“

Auch in dieser Berichtsperiode kamen verschiedene Organisationen in die Zwangslage, zur Durchführung ihrer Kämpfe die Hilfe anderer Verbände anzugewinnen. Seit dem letzten Generalkongress unterziehen diese Sam- lungen der Kontrolle der Generalkommission. Der Bericht sagt dazu: „Nicht in allen Fällen, in welchen eine Organisation der Hilfe der anderen Gewerkschaften be- darf, machte sich eine Sammlung erforderlich. Mehrfach genügte es, wenn die angeschlossenen Verbände ersucht wurden, aus ihrem Kasernenbestand der hilfsbedürftigen Organisation Gelder zu bewilligen. In dieser letzteren Art wurden die Verbandsvorstände um Hilfeleistung er- sucht für die Schneider, Ertrag 2788, Werftarbeiter, Ertrag 8875, Maschinenarbeiter in Schweden, Ertrag 7900, Lederarbeiter, Ertrag 14 025, Tischarbeiter, Ertrag 9095, Seelenste, Ertrag 11 475, Textilarbeiter in Schweden, Ertrag 8600, Hafnarbeiter, Ertrag 20 500. Sammlungen wurden veranstaltet für die: Tabakarbeiter, Ertrag 55 300, Lithographen, Ertrag 225 101 und Buchbinder, Ertrag 96 414. Wenn auch durch die vom Generalkongress beschlossene und von den Konferenzen der Verbandsvorstände näher präzisier- te Resolution eine gewisse Regelung des Sammelwesens er- folgt ist, so hat sich doch in der Praxis gezeigt, daß die gegenseitige Unterstützung in den Kämpfen noch weiter aus- gebildet werden muß.“ Dieser letzteren Meinung sind wir auch. Die kontrollierende Tätigkeit der Generalkommission sollte sich nicht allein auf die Sammlungen, sondern auch auf die Darlehen erstrecken.

Zur Agitation sind zwei neue Einrichtungen ge- schaffen worden, indem für Nord- und Süddeutschen je eine Agitationskommission eingesetzt worden ist. Beide sind jedoch nicht angelegt worden, vielmehr sollen die in Frage kommenden Gauleiter nach Möglichkeit mit tätig sein. Für Oberdeutschland ist ein zweiter Beamter angestellt, in Elb- laubingen konnte man ebenfalls nicht mehr ohne eine feste Kraft auskommen. Der Sitz des Sekretärs für das Sauerland wurde von Lüdenscheid nach Siegen verlegt.

Auch sonst hat die Generalkommission eingegriffen, wo es nötig, möglich und zweckmäßig war. Wir bebauern nur, daß es bisher noch nicht gelungen ist, die Sozialfrage im Ministerlande zu lösen.

Zu den Unterrichtsreisen nimmt der Bericht in folgenden Sätzen Stellung:

„Es ist zwar nicht zu verkennen, daß die nunmehr eingerichteten Unterrichtsreisen nicht ausreichend sein können, wenn man von der Voraussetzung ausgeht, daß sie den Gewerkschaftsbeamten oder Gewerkschaftsagitatoren von Grund auf ausbilden und mit einem abgeschlossenen Wissen ausstatten sollen. Das aber ist mit den Unterrichtsreisen nicht beabsichtigt und kann nicht beabsichtigt werden, wenn die Kurse nicht eine ganz bedeutende Verlängerung der Dauer erfahren sollen. Für die drei Kurse, welche im Jahre 1906 stattfanden, war eine Dauer von je vier Wochen vorgesehen, und für die Kurse von 1907 soll die Dauer um eine Woche verlängert werden. Jedoch ist die Zahl der Unterrichtsgegenstände um einen vermehrt. Zu den Vor- trägen, welche in den Kurzen von 1906 gehalten wurden, tritt für 1907 noch ein Vortrag über Strafrecht, so daß nur für einzelne Vorträge die Zahl der Unterrichts- stunden vermehrt werden konnte. Die Kurse in ihrer heutigen Einrichtung können, wie bemerkt, nicht als aus- reichend erachtet werden, um Gewerkschaftsbeamte völlig auszubilden. Sie können nur dazu dienen, die Teilnehmer in knapper Form in bestimmte Wissensgebiete einzuführen, ihnen durch Angabe der einschlägigen Literatur die Wege zum systematischen Fortstudium zu weisen. Betrachtet man dieses als den Zweck der Unterrichtsreise, so dürfte sich sagen lassen, daß der Zweck mit der neu geschaffenen Ein- richtung völlig erreicht worden ist.“ Das können wir aus eigener Erfahrung bestätigen.

In dem Kapitel Statistik wird der Unterschied zwischen der behördlichen und der gewerkschaftlichen Streit- statistik hervorgehoben. Die amtliche Statistik leidet an vielen Mängeln, besonders an einer Unvollständigkeit. So fehlten auch im Jahre 1905 wieder 587 Streits resp. Aus- sperungen mit 13 020 Beteiligten. Der Bericht bemerkt dazu:

„Da die amtliche Streitstatistik, wie bekannt, auch den Charakter einer Kriminalstatistik hat, so könnte es den Ge- werkschaften schon recht sein, wenn Jahr für Jahr nach- gewiesen wird, daß die amtliche Statistik falsch ist. Aber die Gewerkschaften haben ein Interesse daran, eine voll- ständige Streitstatistik zu erhalten, die sie selbst auch nicht zu schaffen vermögen, weil sie ohne Kenntnis bezüglich der Streits unorganisiert oder anderer organisierter Ar- beiter bleiben. Eine vollkommene Streitstatistik kann aber nur vom statistischen Amt in Gemeinschaft mit den Ge- werkschaften gemacht werden. Die Gewerkschaften haben aber kein Interesse daran, eine Statistik zu veröffentlichen, deren kriminalistische Ergebnisse gegen die Organisationen Verwendung finden sollen. An einer Statistik dagegen, welcher der kriminalistische Beleg fehlt, genommen ist, würden die Gewerkschaften sich beteiligen. Deshalb wandte sich die Generalkommission im Februar 1904 mit einer entsprechenden Eingabe an das Reichsamt des Innern. In den drei Jahren, die seitdem verfloßen sind, scheint das Reichsamt aber noch keine Zeit gefunden zu haben, die Sache zu prüfen; denn bisher hat die Generalkommission auf ihre Eingabe noch keine Antwort erhalten. Es soll also annehmend dabei bleiben, daß das Reichsamt die Amt eine falsche und unzureichende Streitstatistik alljährlich veröffentlicht.“

Über die auf Veranlassung der Generalkommission abgehaltenen Konferenzen der Ziegler usw. haben wir seinerzeit berichtet. Den Teil des Berichts, der den interna- tionalen Verbindungen gewidmet ist, übergeben wir, da wir uns demnach in einem besonderen Artikel damit be- schäftigen wollen. Es wird dann mitgeteilt, daß das „Correspondenzblatt“ dadurch entlastet werden soll, daß die großen statistischen Publikationen in besonderen Bei- lagen erscheinen sollen. Die Auflage des „Correspondenz- blatt“ betrug am Ende des Jahres 1906 21 100 Exemplare, die des italienischen Organs 12 300 und die des polnischen 9000.

Dem Kasernenbericht entnehmen wir folgende Zahlen: Die Einnahme betrug einschließlich eines Kasernen- bestandes von 202 555,72 insgesamt 445 322,04. Dar- unter befinden sich an Beiträgen der Gewerkschaften 210 777,03. Die Ausgabe betrug 190 557,10. Davon entfallen auf Agitation 68 754,84, Generalversammlung- en und Konferenzen 11 066,80, auf sachliche Verwal- tungslosten 7513,10, auf persönliche (Gehälter usw.) 15 110,45, auf die Unterrichtsreise 6 211,31, Cor- respondenzblatt 34 505,60, L'Operaio Italiano 11 668,18, „Osviata“ 9549,60, Zentral-Arbeiter- sekretariat 11 581,27, der Rest sind kleinere Posten. Das Vermögen beträgt 254 764,94. Der Fonds zur Unter- stützung bei Lohnkämpfen wird getrennt von der Kasse der Generalkommission verwaltet und schließt bei einem Kasernenbestande von 12 705,07 in Einnahme und Aus- gabe mit 303 749,65 ab.

Wirtschaftliche Rundschau.

Teilweise Wiederberuhigung an den Börsen. — Noch immer abnorm hohe Anspannung der Notenbanken. — Beginn einer Produktionskrise? — Die Preisverhöhung des Kohlenpreises.

Der Grundzug der aufsehenerregenden Vorgänge, die sich in den letzten Wochen dieses und jenseits des Ozeans abspielten, ließ sich etwa in folgender Weise kennzeichnen: Ueberanpannung und im Gefolge davon eine zeit- weilige Kreditkrise, die an den Börsen schwere Beeinträchtigungen anrichtete, die jedoch den eigentlichen Grund- stoff unseres Wirtschaftslebens, die Produktion und den Warenabsatz zunächst wenig oder noch gar nicht be- rührte.

Im großen und ganzen wird man sagen dürfen, daß dieser Grundzug sich erhalten hat. Neu hinzugekommen ist unterdes nur eine gewisse Erleichterung der Wä- renmarkt- und Kredit- wie gewöhnlich nach dem ersten Ausbruch der Wetterwinde war und blieb Amerika. Hier kamen in der zweiten Hälfte des März die enormen Aus-

schwankungen, die den 13. und 14. März zu den heftig- sten kritischen Tagen machten, mehr und mehr zur Ruhe. Die Spekulation schränkte sich zusehends ein, offenbar nach der Ausschaltung zahlreicher, kapitalstarker Wälfäurer; in New York trat an die Stelle der Tagesumsätze von 2 bis 2 1/2 Millionen Stück Aktien ein Umsatz von etwa einer Million, also von weniger als die Hälfte. Die Abgangs- schaften betragten ihre Ansprüche auf Heranzugung neuen Kapitals vorläufig. Das Washingtoner Staatsamt ließ abermals ansehnliche Darlehensbeträge dem freien Markt zufließen. So konnten sich die Kurse wieder etwas er- holen, und der Zins für tägliches Geld, der an der kritischen Wärfenende bis auf 2 1/2 pSt. emporgeschungen war, fiel in New York seit etwa einer Woche nicht höher als 2 1/2 bis 3 pSt. Damit wurde zugleich Europa die Sorge los, daß die Geldknappheit in Amerika unangesehnt zu voll- entnahmen aus Europa zwingen könnte. Bis Anfang April floßen zwar noch schwache Goldmengen aus England ab; seitdem ist hierin ein Stillstand eingetreten.

Parallel mit dieser zunehmenden Sicherung nach außen hin lief in der europäischen Notenbanken zugleich eine Beruhigung durch die ganze inländische Ent- wicklung. Die Sorge, daß sich ein nochmaliges allgemeines Anziehen der Diskontkurse sofort als unermesslich herausstellen werde, kann als beseitigt gelten. Man hatte schon angefangen, daß sich die Österreichisch-ungarische Bank, hauptsächlich gegen die Schwächung durch deutsche Geldanprüche, durch Diskontverhöhung zur Wehr setzen werde; eine ähnliche Maßnahme hielt man für zwecklos, nachdem für wahrscheinlich, das mit kleinen reichen Ver- bindungen lange Zeit England und Amerika ausgeholfen hatte und sich nun selber eingeeignet fühlte. Nur diese Schritte konnten unterbleiben; nach der Ueberwindung des Aprilkrisens liegt auch der europäischen Geschäftswelt wieder reichliches Geld zur Verfügung, in London wie in Berlin und anderwärts.

Im Vergleich zur eben überstandenen Periode wird man freilich hinzusetzen müssen. Denn im Vergleich zu früheren und normalen Jahren stehen alle großen Noten- banken Europas belasteter als je da, und es ergeben des- halb die beweglichsten Ermahnungen an das Unter- nehmen, an Reich, Staat und Gemeinden, ihren Kreditbegehre einzuschränken oder für spätere Zeiten zurückzustellen. Selbst bei öffentlichen Körperschaften ist das jedoch leichter gesagt als getan, da auch hier gewisse Leistungen und Einrichtungen nicht nach Belieben warten können und oft sogar durch die Wirtschaftsbekämpfung notwendig bedingt werden (wie die Steige- rung der Leistungsfähigkeit der Transportmittel für den Güter- und Personenverkehr). Das Waren produzierende und Waren handelnde Unternehmertum muß vollends die Nase putzen, ehe sie verlohnt, wenn die Bekämpfung des unentbehrlichen fremden Kapitalismus auch noch so teuer zu stehen kommt.

Die Deutsche Reichsbank hat bei langen Jah- ren keine so hohen Diskont an diese Jahreszeit erhoben. Dennoch ist ihr Metallbestand fortwährend niedriger als in allen Vorjahren; zurück bis zum Jahre 1900, in dem bereits die letzte Krise einsetzte. Damals bestand Ende März ein Diskont von 5 1/2 pSt., heute von 6 pSt. Damals bildete ein Diskont von 5 1/2 pSt. heute von 6 pSt. Die Wirt- schaftslage, mit der allgemeinen Abschwächung des Wirt- schaftslagens, der Diskont auf 4 1/2 pSt. im Jahre 1901 (immer Ende März), auf 5 pSt. im Jahre 1902, 4 auf 3, auf 2 pSt. (in 1906); er hatte Ende März 1899, so ziemlich auf dem Gipfel der letzten Konjunktur, 4 1/2 pSt. nicht überschritten. Man sieht, die letzten 6 pSt. sind für diese Jahreszeit ganz außergewöhnlich und erprobtem sind wir, wie erwähnt, nur mit knapper Not einer abermaligen Steigerung entgangen. Die letzte Märzwoche mit ihren allseitigen Zahlungsschwächen bringt naturgemäß kein einen Wettkampf nach den Bankkassen; diesmal nur der Andrang trotz aller schärferen Absperzung toller als je! Die Schwächung der Reichsbank (Annahme des Barbestandes und Zunahme des Notenumsatzes) betrug diesmal im März und Juni 645,4 Millionen Mark, gegen 638,8 Millionen Mark in 1906, 482,8 Millionen Mark in 1905 und 501,4 Millionen Mark in 1904! Der Metallbestand war Ende März noch niemals so hoch als jetzt (1288,7 Millionen Mark); die vorjährige Ziffer (1099 Millionen Mark), die bereits einen Rekord bedeutete, ist um beinahe 200 Millionen Mark überholt worden. Die Notenverpflichtung war ultimo März noch niemals so hoch (bismal 400 Millionen Mark, 1906 298 Millionen Mark, 1905 nur 21 Millionen Mark — 1902 hatte die Reichsbank sogar eine Steuerfreie Reserve von 107 Millionen Mark).

In England und Frankreich wiederholt sich die gleiche Erscheinung, obwohl weniger ausgeprägt und über- trieben. Steht man neben dem Ende März-Ausweise für Deutschland die ersten April-Ausweise für die Bank von England und die Banque de France, so zeigen wir auf gleiches Ergebnis bei dem diesmal doppelt wichtigen Quartalsumschlag:

Metallbestand:

Table with 4 columns: Reichsbank, Bank von England, Bank von Frankreich, and a fourth column. Rows for years 1905, 1906, 1907.

Notenumsatz:

Table with 4 columns: Reichsbank, Bank von England, Bank von Frankreich, and a fourth column. Rows for years 1905, 1906, 1907.

Früher liefen die Banken hinter den Industriellen her, um sie zu „Anlagen“ und Erweiterungen zu animieren; heute ist das Geld und Kapital die unwirbende Partei, und die vermittelnden Banken müssen den Kreditverlangenden Zurückhaltung predigen, um nicht selber zu kolossen auf ähneren Füßen zu werden.

Inbes hat die kleine Erleichterung des Zinsstandes genügt, um die in der vorigen Rundschau geschilderte Kurzverwirrung leidlich wieder auszugleichen. Der Einfachheit wegen seien die meisten Stichproben für Montan-, Industrie-, Schiffahrts- und Bankwerte herausgegriffen. Es notierten an der Berliner Börse:

Table with 4 columns: Name, 8. März, 23. März, 6. April. Rows include: Gelsenkirchener Bergw., Rheinl., Harpener, Consolidation, etc.

Trotz aller Besserung sind also die Kurse von Anfang März noch lange nicht wieder erreicht, geschnappte denn die Kurse vor der ganzen Abflaumungszeit, die eigentlich an den deutschen Börsen schon mit dem November 1906 begonnen hat (vergl. die vorige Rundschau). Die miträuschende Bewertung der Renten, die wie die Deutsche und die Dresdener Bank, so eng mit der Industrie und der Börse, auch des Auslandes, verbunden sind, ist vielleicht am bescheidensten für die ganze Lage.

Trotzdem bleibt es noch immer wahr, daß die Produktion von einer Krise im alten Sinne, das heißt von einer Steuung im Absatz und einem Rückgang in den Verstellungen, nach wie vor verschont geblieben ist. Es liegen also für die Arbeitergewerkschaften wohl mancherlei Anzeichen vor, die zur ruhigen Vorbereitung auf zukünftige, weniger günstige Zeiten mahnen, aber noch keinerlei Anzeichen, die schon heute zu einem Defensiv-Drängen könnten. Wellelei wäre es auch, wenn manche uns nachstehende Blätter etwas weniger statistisch-prophetisch treiben und etwas ruhiger die ausfallgebenden Zahlen abwägen wollten.

Vorläufig ist der Waren-Preis hochstand, dem für uns eine ganz andere, immonstale Bedeutung zukommt wie dem Wertkurvenstand, im allgemeinen noch unerklärlich, von wenigen Ausnahmefällen abgesehen, wie beim Kupfer, dessen eigenartigen Markt wir oft genug salbieren. Gerade die Kupfer verarbeitenden Industrieen sind nach wie vor gut beschäftigt, dagegen ist bei preistreibenden und vor allem spekulativen Spekulation vorzeitig durch die Selbststeuerung und Kreditveränderung der Atem ausgegangen.

Zimmerling mag in der Produktion wieder einmal der Gipfel erreicht sein, von dem aus es kein Höher mehr gibt. Charakteristischerweise ist auch diesmal, wie in der Vorperiode, der beginnende Rückgang wieder von einer Preisverwertung begleitet. Am 1. April gestiegen beim reichlich-wirtschaftlichen Hochstand die neuen Preise, so daß sich an der Düsseldorf-Börse gegen früher folgende Notierungen ergaben: Gas und Kamin 11-12,50; Ostschiff für Reichsfinanzrechnung für Sommermonat: A 12,50-13,50, für Wintermonat: A 12,50-13,75 (früher A 11,50-12,50), Generalnotiz: A 12,75-13,75 (A 12,25 bis A 12,50), Gaslampe für Reichsfinanzrechnung: A 11,75-12,75 (A 10,50-11); Petroleum: Förderstoffe A 11-11,50, beste meiste: A 12,10-12,60 (A 11,10-11,60), Ostschiff: A 12,25-12,75 (A 10,60-11); Magere A 10,12-10,75 (A 10,50-11,50), A 10,50-11,50 (A 9-10), meiste: A 12,25-13,75 (A 10,25-11,25), Ostschiff Korn II (Sinhait) für Sommermonat A 21-22, für Wintermonat A 23,50-24,50 (A 19,50-21); Koks: Bierschiff: A 19-20 (A 18-19), Hochofen: A 17,50 bis A 19 (A 15,50-17,50), A 19,50-21 (A 18,90 bis A 19,50); Wirtz: A 11,50-12,25 (A 10,75-11,50). Im Durchschnitt betragen demnach die Preisrückgänge etwas mehr als A 1.

Berlin, 7. April 1907. Mag Schippel.

Politische Umschau.

Aus dem Reichstage. Am 10. April nahm der Reichstag seine durch die Nichterlei unterbrochenen Arbeiten wieder auf. Nachdem die erste und zweite Lesung der Vorlage, betreffend den Gehaltsantrag für den Kaiser Wilhelm-Kanal erledigt worden, nahm die zweite Beratung des Etats, und zwar beim Etat des Reichsamt des Zinners ihren Anfang. Da diesem Reichsamt die Sozialpolitik untersteht, so bietet kein Etat selbstverständlich auch die formelle Grundlage für eine ausgeübte Besprechung dieser Politik. Die Vertreter aller Parteien bringen bei dieser Gelegenheit ihre Vorschläge, Wünsche und Vorurteile zur Sprache. Zunächst stellte der Zentrumsgewählte Trindorn fest, daß in der Sozialpolitik des Reichs ein vollständiger Stillstand eingetreten ist. Verantwortlich dafür sei nicht die Majorität des Reichstages, sondern einzig und allein die Regierung. Sowohl dieser Redner wie der nationalliberale Abgeordnete Därrmann sprachen die furiöse Ansicht aus, daß die Fortführung der Sozialreform allein mit Rücksicht auf die Sozialdemokratie geboten sei; ohne Sozialpolitik würde man der Sozialdemokratie wieder zu Mandaten verhelfen, sie stärken! Aber die Herren konnten doch wissen, daß es gerade die Sozialdemokratie stets als eine ihrer Hauptaufgaben betrachtet hat, Regierung und herrschende Parteien zu einer guten Sozialpolitik, zu einer gründlichen und umfassenden Arbeiterkategoriebildung zu drängen. Alle die bürgerlichen Parteien, die jetzt sozialreformatorisch sich gebärden, sind doch aus reiner parteipolitischer Spekulation dazu gelangt, hinter der Sozialdemokratie herzhinken. Jahre hindurch haben sie rückhaltlos und widerwillig Stellung zu der Frage der Arbeiterkategoriebildung, der Sicherung des Koalitionsrechts, der Schaffung eines Reichs-, Vereins- und Versammlungsrechts usw. genommen. Und jetzt tun sie, als seien sie berufen, gegenüber der Sozialdemokratie

Interessen und die Rechte der Arbeiterklasse zu vertreten. Ultramontane, nationalliberale, konervative, antientliche und freiliche Redner überleben einander in Verbündungen, wäher Arbeiterfreundlichkeit! Und zum Teil sind ihre Vorschläge und Mängel, die, allerdings weit präzisierter und schärfer, schon vor Jahren von den bösen Sozialdemokraten gemacht resp. gefordert worden sind. So z. B. die Anträge, betreffend das Recht der Koalition, der Vereinerung und Versammlung; die Änderung des Krankenversicherungsgeleges; den Schutz der Arbeiter des Baugewerbes; die reichsrechtliche Regelung des Vergütungs; die Einführung einer Maximalarbeitszeit; die reichsrechtliche Regelung des Wohnungswesens usw. usw. Es ist nicht wahr, daß die Regierung allein die Schuld am Stillstand der Sozialpolitik trägt; alle bürgerlichen Parteien ohne Unterschied haben es mitverschuldet, daß diese Politik noch nicht weiter-gelassen ist.

Günstig Interesse gewähren die Ausführungen des neugewählten Abgeordneten Dr. Naumann, der sich der Freimüthigkeit der Regierung angeschlossen hat, obwohl er seiner ganzen Heiligung nach zu diesem „Freimüth“ gar nicht gehört. Er meinte, im Reichstag sei eine Majorität für die Erledigung einer ganzen Reihe sozialpolitischer Fragen vorhanden, so für ein Reichsvereinsgesetz, für Sicherung des Koalitionsrechts der Arbeiter. Dieses Recht müßte die Grundlage abgeben, von wo aus man reformieren, man müßte so zu einem „Industrieparlamentarismus“, gelangen, d. h. einem ausgegliederten System der Mitwirkung der Arbeiter und Angehörten an der Verfassung der Industrien. Aus Industrieunternehmen müßte man Industriebürger schaffen. Das hat ja nun allerdings auch keine neuen Gedanken; Professor Schmöller hat sie schon vor Jahren ausgesprochen. Und über die Sache an sich läßt sich reden, zumal ja die ganze Tendenz der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen von jeher auf die Schaffung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung von Unternehmern und Arbeitern, auf die Herstellung wirklich verträglichere Verhältnisse zwischen beiden Teilen gerichtet war. Aber wenn Herr Naumann glaubt, für die Verwirklichung dieser Idee, für die Sicherung des Koalitionsrechts der Arbeiter und des Vereins- und Versammlungsrechts in freibürgerlichem Sinne böte der feige Reichstag eine Majorität, so dürfte er sich gewaltig irren.

Staatssekretär Graf Posadowsky verteidigte die deutsche Sozialpolitik als eine solche, die den Vergleich mit der anderer Länder nicht zu scheuen brauche. Man könne nur Schritt für Schritt vorgehen. Jetzt arbeite er an dem vom Reichsanwalt angeführten Gesetz über die Vereins- und Versammlungsfreiheit. Eine zweite große Aufgabe, mit der er sich beschäftigt, sei die Zusammenlegung der sozialpolitischen Versicherungsangelegenheiten. Das Gesetz, betreffend den Arbeiterurlaub in der Hausindustrie, sei nahezu fertig. Dem Reichstage werde in nächster Session eine ungeheure Menge Gesetzgebungsarbeiten vorgelegt.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Hoch unterzog das seitherige Verhalten der Regierung und der bürgerlichen Parteien zu der Frage der Sozialpolitik ihrer jahrelang gemeinsamen Aufgabe bei der Verwirklichung einer sozialen Politik; er legte dar, daß die seitherigen Arbeiterkategoriegesetze ein Klassenrecht darstellten. Eine Hauptaufgabe sei, daß die Arbeiter sich nicht auf Regierung und Reichstag verlassen, vielmehr bemüht sind, ihre Organisationen auszubauen und zu stärken, um ihre Interessen und Rechte nachdrücklich und erfolgreich vertreten zu können.

Die Sitzung am Sonnabend begann mit einer großen Rede des Reichstagsabg. E. Schmidt-Berlin, der fast alle Gebiete der Sozialpolitik berührte und scharfe Kritik an den Maßnahmen der Unternehmung sowohl als an den Regierung und Verwaltungsbehörden übte. Redner kam u. a. auch auf die Auslieferung in Hamburg der Hünen zu sprechen, wobei er konstatierte, daß die Regierung nicht den Mut habe, dem Kapitalprogen die richtigen Wege zu weisen; hätten wir in Deutschland eine Regierung, die ernsthaft Sozialpolitik treiben wollte, so hätte sie den § 120 der Gewerbeordnung auf die Fabrikarbeiter angewandt und eine Schlichtung von 36 Stunden festerhand verboten. Der Inbegriff der Reichsregierung sei nicht und geschickt, daß selbst ein Minister, das sonst so große Achtung um der Arbeiterklasse geniesse, nämlich das hampburger Gewerbeamt, entschieden dar: ein zu 36-stündiger Arbeitszeit verpflichtender Vertrag verlohne nicht, wie die Arbeiter auf Grund des B. G. B. eingewandt hatten, gegen die guten Sitten. Wer aber nur etwas sozialpolitisches Empfinden hat, wird gehen, daß eine solche Arbeitszeit nicht nur gegen die guten Sitten, sondern auch gegen alles menschliche Empfinden verstößt. Als außerordentlich bezeichnend für den sozialpolitischen Kurs in Deutschland bezeichnet Redner es, daß die Regierung alle Anständer, die sich auch nur ein Wort in der gewerkschaftlichen Bewegung, auch in der christlichen Gewerkschaftsbewegung, erlauben, aus Deutschland hinauszuwerfen, daß sie alle Leuten, die zu dem Abszium der Menschheit gehören, die aus allen Gassen und Schmutzwinkel Englands zusammengekratzt sind, die Türen weit öffnet und sie in deutsche Häfen herzuläßt, damit sie den deutschen Arbeiter Konkurrenz machen. Die Freiheit der Redner gegen sogar so weit, daß sie in einer Generalversammlung der hampburger-Amerika-Verein vor Arbeitervertretern, die für die Auslieferung eintraten, aussprachen. — Sehr scharf ging Redner dann mit dem Terrorismus der Unternehmung ins Gericht, der von den Soldaten des Kapitalismus immer in Terrorismus der Arbeiter ungelogt wird. Den Schutz der groß angelegten Rede bildete das Versicherungsamt, wobei besonders die Wäcker der bürgerlichen und inwaid gewordenen landwirtschaftlichen Arbeiter grell beleuchtet wurde.

Graf Posadowsky antwortete in der Form sehr verbindlich, in der Sache aber war seine Rede nichts als ein Loblied auf den Stillstand der Sozialpolitik. Die Rede erwarb sich demnach den lebhaften Widerspruch der koalitierten Sozialisten und Handwerkertrouper auf der rechten.

Abgelesen vom dem hampburgischen Rechtsanwalt und „Rechtsanwalt“ Dr. S. E. L. der allerlei ungerühmte Zeug über die Fabrikarbeiterauslieferung vorbrachte, die die Vaterlandsempfindung hatte, gehörte der Rest des Tages den „Mittelstandsrechten“.

Die sozialdemokratische Fraktion beschloß, folgende Resolution zur zweiten Beratung des Militärsetats in Reichstage einzubringen:

„Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichstagspräsidenten zu ersuchen, in den Etat für 1908 eine Erhöhung der Besoldung der Mannschaften und der Unteroffiziere der Armee einzuführen und die bisher den Mannschaften auferlegten Ausgaben für die Beschaffung von vorchriftsmäßiger Gebrauchsgegenstände auf den Etat zu übernehmen.“

Januz Auer 4. — Die Arbeiterbewegung hat bereits wieder einen schweren Verlust erlitten. Am 10. April in der Frühe ist Januz Auer, nachdem er schon bald zwei Jahre von unheilbarer Krankheit heimgesucht worden, infolge eines Schlaganfalles gestorben. Mit ihm ist einer der besten Kämpfer, ein Veteran der Partei, ja, ein sehr inhatriches Mitglied lebendiger Parteigeschichte dahingegangen. Auer erreichte ein Alter von 61 Jahren. Er wurde 1846 in Dommelsdorf, einem Dorfe in Bayern, ein Protestierendes, in ärmtlichen Verhältnissen geboren. Nachdem er die elende Dorfschule besucht, erlernte er das Sattlerhandwerk und zog dann, dem Kampf um das Recht zu folgen, in die Welt. Alsbald schloß er sich der noch im ersten Stadium ihrer Entwicklung befindlichen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung an. Schon Ende der 60er Jahre machte er sich als Agitator, dem die Gabe fruchtbarer und überzeugender Rede eigen war, bekannt. An der Entdeckung der Partei, besonders auch an ihrer organisierten Ausgestaltung, nahm er immer einen erheblichen, oft geradezu ausschlaggebenden Anteil. Auch für die Parteipresse war er tätig. Mit Auer gehörte er der Redaktion der „Reinher freien Presse“ an, die 1878 dem Sozialistengesetz zum Opfer fiel. Auswärtig hat er die spätere Zeit der zwölfsährigen Herrschaft dieses Schandgesetzes, das ihn wie so manchen anderen hart traf, mit Durchkampft. Auer gehörte zu denen, die 1888 wegen Teilnahme an einer geheimen Verbindung“ zu neun Monaten Gefängnis verurteilt wurden, die er in Zwickau verbüßte. Seit dem Parteitag zu Halle, 1890, dem ersten, der nach dem Fall des Sozialistengesetzes auf deutschem Boden wieder tagen konnte, besaß er das Amt eines ständigen Sekretärs der Partei. Dem Reichstage gehörte er an während der dritten Legislaturperiode 1877/78 für den 22. Wahlkreis des Königreichs Sachsen, ferner für die dritte Legislaturperiode und dem von 1890 ab für den 17. Wahlkreis des Königreichs Sachsen. Wie als Agitator und Organist, so hat sich Auer auch als Parlamentarier, sowohl im Plenum des Reichstages wie in dessen Kommissionen rühmlich hervorgetan. Von Bedeutung waren die Reden, die er zu Kulturgesetzvorlage, zu der Frage des Koalitionsrechts der Arbeiter, zu Gunsten der streikenden hampburger Fabrikarbeiter usw. im Reichstage hielt. Die Gegner fürchteten die Hute und Überlegung, mit der er sprach, und seinen Entschlossenheit, der ihnen oft schmerzlich Wunden schlug. Januz Auer's Name ist und bleibt unverwundlich eingeschrieben in die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, der Arbeiterbewegung.

Gegen die Maifester. Im Lager der Scharfmacher regt es sich im Hinblick auf die bevorstehende Maifester. In hampburg, wo gegenwärtig infolge der Auslieferung der Fabrikarbeiter bei den Scharfmachern alles durcheinanderverwirrt wie in einem aufgewühlten Meereschaum, ist man wieder dabei, die Arbeiter durch allerlei Drohungen von der Arbeitsruhe am 1. Mai abzuhalten. Der hampburger-Amerikaner Arbeiterverband hielt am 11. April eine vertrauliche Sitzung ab, über die das „Echo“ folgenden Bericht brachte:

Herr von Reinswig betonte, es müsse diesmal energisch gegen die Maifester vorgegangen werden, die immer weitere Schritte der Arbeiter erzeuge und der Sozialdemokratie stets neue Anhänger zuführe. Alle Arbeiter, die am 1. Mai aufstehen, müssen bis 11. Mai ausgehört werden. Auch im Waugewerbe dürfe man sich nicht mit einer zweitägigen Auslieferung begnügen. Die Auslieferung bis zum 11. Mai fand einigen Widerspruch, doch wurde schließlich im Sinne des Scharfmacherverbands ein Verbot des Streiks beschlossen. Herr Reinswig, der Reichstagsabg. hielt die Sozialdemokratie in der Arbeiterbewegung nicht für einen niedrigen, sondern für einen hohen Standpunkt. Im Scharfmacherverband habe man bereits damit begonnen. Die Mahnung zur Auslieferung habe die Klasse des Holzarbeiterverbandes geleert, der bereits drei Millionen Mark habe opfern müssen.

Herr von Reinswig verlas eine Eingabe an den Senat, in der um ein Verbot des Maifestzuges erjudt wird, unter Hinweis auf die Auslieferung im Hafen, die Wahrscheinlichkeit am 17. Januar v. J., die „Wäcker der ruhigen Bürger“ und die Förderung der Sozialdemokratie durch die Maifester. Die Eingabe wurde gutgeheißen. Schließlich wurde noch mitgeteilt, daß die Auslieferung der Scharfmacher bis nach dem 1. Mai fortgesetzt werden solle. Verhandlungen wegen Vermeidung der Auslieferung würden vorher nicht mehr stattfinden.

Man kann erreichen, daß den Arbeitern der Lutzig verboten und dadurch auch in gewissem Sinne ihre Maifester einträchtig wird, man kann vielleicht auch erreichen, daß die Arbeiter, um ungewöhnliche Opfer zu vermeiden, die Art der Maifester ändern, aber man kann nie, durch keine noch so raffinierte Brutalität, dahin gelangen, daß die Arbeitermassen den Gedanken der Arbeitszeitverkürzung aufgeben, der im Maifest seinen demonstrativen Ausdruck findet. Dieser Gedanke wird im Gegenteil von immer größeren Massen in immer gewaltiger Zukunft Verbreitung erfaßt und trotz dem bezühten Widerstand der diversen Reichstagsmitglieder immer mehr seiner Verwirklichung entgegengeführt werden.

Billiges Fleisch — tures Fleisch. Lieber die Preisbewegung im März berichtet die „Arbeitsmarktskorrespondenz“ Dr. Jahnson's alle Wochenenden bezugnehmend von Ende Februar auf Ende März Preisrückfälle; besonders stark aber war der Rückgang bei Schweinefleisch, wobei es auffrag, die rückläufige Bewegung des Preises auch bei den anderen Fleischsorten, so in der gleichen Zeit die Schweinefleischfalls fanden. Bei den übrigen Wäckeren hatte der vorjährige März eine Steigerung gebracht; um so mehr ist die Verbilligung in diesem Jahre hervorzuheben. Die Höchst- und Niedrigstpreise für die verschiedenen Wäckeren stellen sich am Berliner Arbeitsmarkt Ende des Monats pro 50 kg Lebendgewicht in Mark wie folgt:

Table with 4 columns: 1906 (Feb, März), 1907 (Feb, März). Rows: Döfen, Wullen, Fäulen und Käse, Käber, Schafe, Schweine.

Am kräftigsten ist der Preisrückgang gegen den Vormonat bei Schafen und bei Schweinen; Käber haben sich dagegen noch etwas verteuert. Ein Vergleich mit 1906 ergibt für alle Viehsorten...

Table with 4 columns: 1906 (März), 1907 (Feb, März). Rows: Breslau, Dresden, Leipzig, Hannover, Hamburg, Frankfurt a. M., Stuttgart, München, Köln, Essen.

Dieser starke Rückgang von Februar auf März hat sich von Dresden abgesehen, an allen übrigen Plätzen gezeigt; in Leipzig, Hannover, Stuttgart und Köln ist er sogar besonders groß gewesen.

Table with 4 columns: 1906 (März), 1907 (Feb, März). Rows: Rinder, Käber, Schafe, Schweine.

Der Auftrieb am Schweinemarkt war also bald amüßend doppelte so hoch als im März 1906.

Demgegenüber haben die Fleischhändler es bisher verstanden, die Fleischpreise außerordentlich hochzuhalten, so daß sogar die konterbative Post den Kommissionären, Schlachtern und allen am Fleischhandel beteiligten Personen den Rat gibt, wohl zu bedenken, daß das Publikum mit Aufmerksamkeiten die Preise am Fleischmarkt verfolgt und ein übermäßiges Schreien beim Einkauf nicht mehr ertragen will und kann.

Was hier das konterbative Blatt fordert, ist ein durchaus berechtigtes Verlangen. Es ist insbesondere der Arbeiterschaft recht sehr zu gönnen, daß sie nach den teuren Fleischpreisen auch einmal wieder billigere erlebt. Je weniger die Fleischer mit ihren Detailpreisen den Einzelpreisen folgen, um so schneller wird die Frage andersartiger Regelung der Fleischversorgung gelöst werden müssen.

Einige unserer Parteiblätter haben eine Statistik über die Detailpreise für Fleisch veranlaßt, um an der Hand von Tatsachen zeigen zu können, welche Willkür in der Festsetzung der Fleischpreise geübt wird. Sie eruchen alle Hausfrauen, zwecks Aufstellung einer Statistik mitzuteilen, wie teuer sie die diversen Fleischsorten, namentlich Schweinefleisch, pro Pfund gegenwärtig bezahlen. An der Hand des eingehenden Materials wollen sie dann eine Liste aufstellen, in welcher die Namen und die Adressen der Fleischermeister und die von ihnen verlangten Fleischpreise bezeichnet sind.

Die Regelung des Arbeitsverhältnisses bei Vergabung öffentlicher Arbeiten behandelt eine Festschrift von Karl Gehmanns Verlag, Berlin, veröffentlichte Arbeit des Kaiserl. Statistischen Amtes, Abteilung für Arbeiterstatistik. Wir werden auf diese Untersuchung einer Frage, zu der wir im Laufe der Jahre ja auch schon manden Beitrag geleistet haben, demnächst näher eingehen. Heute bemerken wir, einer Kritik der 'Sozialen Rundschau' folgend, das Nächstfolgende:

Die Quintessenz ist, daß sich Deutschland in dieser Beziehung noch sehr im Hintertreffen befindet, während das Ausland, vor allem England, den Weg der staatlichen Regelung der Arbeitsverhältnisse bei Vergabung öffentlicher Arbeiten bereits mit Erfolg beschritten hat. In England hat vor allem die 'fair wages' Resolution des Unterhauses vom Jahre 1891 Wandel geschaffen. Diese sprach sich dahin aus, daß den Submissionsunterlagen Bedingungen einzufigen seien, welche Mißbräuche verhüten und den Arbeitern den Lohn sichern, der in den betreffenden Gewerben allgemein als normal anerkannt sei. Seit jener Zeit haben sowohl die englischen Staatsbehörden als auch eine große Anzahl von Kommunalbehörden (in England 392, in Schottland 53, in Irland 43) Bestimmungen über die zu zahlenden Löhne in ihre Submissionsverträge aufgenommen, und zwar in dem Sinne, daß nicht die Höhe der Löhne selbst festgelegt, sondern auch verhindert wird, daß sie unter die Standardlohnhöhe, d. h. die der Tarif- oder Gewerkschaftslöhne sinkt. Wichtig ist man in Frankreich, Belgien, Holland, Italien, Oesterreich, Amerika und in der Schweiz

vorgegangen, jedoch wird in einigen Staaten die Lohnhöhe selbständig festgelegt. In Deutschland hat man sich im wesentlichen darauf beschränkt, den eigentlichen Arbeiterschutz, d. h. die sanitären und Sicherheitsvorschriften, sowie die Versicherungsbedingungen in den Submissionsverträgen staatlich fest zum Ausdruck zu bringen. Nur in Süddeutschland, besonders in Birttemberg, werden Verträge zurückgewiesen, die eine überlange Arbeitszeit oder abnorm niedrige Löhne enthalten und die Unternehmer verpflichten, die von Tarifgemeinschaften oder ähnlichen Vereinbarungen festgelegten Löhne auch im Submissionsvertrag innezuhalten. Erheblich weiter sind die Bestimmungen in England gegangen; und zwar wieder in erster Linie die süddeutschen. Eine Reihe von Städten setzt die Löhne selbst fest (z. B. Straßburg), andere schließen Firmen aus, die nicht die orts- und berufsüblichen Löhne zahlen (z. B. München, Augsburg, Frankfurt), andere verpflichten die Unternehmer, bestehende Tarifgemeinschaften zu berücksichtigen (z. B. München, Schöneberg, Breslau). Immerhin fehlt bei uns noch das wesentlichste: das Beispiel des Staates. Zwar ist es in Gewerben, wo Organisationen bestehen, heute viel schwieriger als früher, bei übernommenen Submissionsarbeiten durch Lohnrückstellungen arbeiten zu können, und Gewerbe, in denen Verbände bestehen, wie der Metallarbeiterverband mit fast 332 000 Mitgliedern oder der Maurerverband mit fast 200 000 Mitgliedern, werden durch Selbsthilfe Genügendes erreichen. Im ganzen sind jedoch in Deutschland nicht mehr als ein Viertel bis ein Drittel der in der Industrie überhaupt beschäftigten Arbeiter organisiert. Für die Mehrheit derselben muß also die Selbsthilfe verlagert. Es ergibt sich aus alledem die Forderung, daß auch bei uns die staatlichen Behörden die Initiative ergreifen müssen, und zwar in ähnlicher Weise, wie das in England geschehen ist, nämlich durch Einführung einer Bestimmung in die Submissionsbedingungen, wonach die Entlohnung der Arbeiter nicht hinter den orts- und berufsüblichen Lohnsätzen zurückbleiben darf.

Maurerbeuwegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Lübeck: Travemünde (Sperrung über Söhrmann), Hamburg (Streik der Zementleute), Ochsenwärd, Kirchwärd (Streiks), Cuxhaven (Differenzen);

Schleswig-Holstein:

Reinfeld (Sperrung über E. Haeger), Burg b. Wilster, Kellinghusen, Segeberg (Streiks), Oldenburg, Insel Fehmarn (Differenzen);

Mecklenburg:

Wismar (Sperrung über Scharf & Sohn), Rostock (Bauarbeiterstreik), Neubrandenburg (Aussperrung), Silze (Sperrung über Holdorf), Ribnitz (Bauarbeiterstreik), Büttow, Malchin, Goldberg, Brühl, Sternberg, Warin, Neukloster (Differenzen);

Brandenburg:

Lübbau, Eberswald (Aussperrung), Kalkberg, Riddersdorf, Hennikendorf-Horsfelde, Hirschgarten (Streiks), Brunnmühle (Sperren über Conrad, Schulz und Krause);

Pommern:

Bansin (Sperrung über Berger), Pödejohn (Sperrung über die Seifenfabrik in Sidowsaue und die Zementfabrik Stern in Finkenwalde), Greifswald, Wolgast (Massregelungen), Stolp (Aussperrung), Belgard, Greifenhagen (Streiks), Schivelbein (Differenzen);

Ost- und Westpreussen:

Rastenburg, Brannsbarg, Memel (Differenzen), Dirschau (Streik);

Posen:

Wozgowitz (Aussperrung);

König. Sachsen:

Leipzig (gesperrt sind die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauteam, M. Steyskal und Seifert in Mieskorn, Sohrstrasse), Röttha (Sperrung über O. Böttcher), Oderwitz (Sperrung über Krasing), Meissen (Sperrung über die Dampfzegielei in Neusörnwitz), Wurzen (Sperrung über Lehmann in Püchau);

Thüringen:

Gräfenthal (Sperrung über Gonber), Altenburg (Aussperrung), Weida-Wünschendorf (Streik);

Hannover, Oldenburg und Lippe:

Brinkum, Stade (Streiks), Seelze (Sperrung über die chemische Fabrik);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Naumburg a. d. S. (Sperrung über Emil Müller, Kanonierstrasse), Goswig (Differenzen), Wettin (Sperrung über Zeche Johanneshall, Unternehmer Röber), Thale (Sperrung über das Eisenwerk), Schwanbeck (Streik);

Rheinland:

Düsseldorf (Sperrung über das Röhren- und Blechwalzwerk Lirenfeld und über den Unternehmer Aalton), Heiligenwald b. Trier (Sperrung über P. Broschort);

Westfalen:

Blnde (Streik);

Hessen:

Mainz (Sperrung über die Brückenbauanstalt in Gustavsburg), Oppenheim (Sperrung über A. Gasman und Florian Krayer), Rietels, Lorsch (Streiks);

Baden-Pfalz:

Friesenheim b. Lahr (Streik), Rheinau (Sperrung über die chemische Fabrik Kunheim & Co.), Frankenthal (Sperrung über Scharf), Roxheim (verschiedene Sperren);

Bayern:

Laufen a. d. Salzach (Sperrung über Schönber);

Württemberg:

Reutlingen (Aussperrung);

Fliessenleger:

München (Differenzen);

Schweiz:

Arbon (Streik);

Oesterreich:

Teplitz (Streik);

Ungarn:

Budapest (Aussperrung);

Gau Berlin. Ueber unsere Notiz zum Stand der Berliner Lohnbewegung ist das 'Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe' recht ungenügend. Das Blatt behauptet, wir müßten recht wenig über die Verhandlungen unterrichtet sein, wenn wir nicht wüßten, welche schwerwiegenden Gründe die Berliner Bauunternehmer zwingen, jede Verkürzung der Arbeitszeit unter allen Umständen abzuweisen. Dann folgt eine Reihe solcher schwerwiegender wirtschaftlicher Gründe, die es zur Unmöglichkeit machen sollen, im Baugewerbe die achtstündige Arbeitszeit einzuführen. Selten wir sie uns etwas näher an, so finden wir, daß sie recht alle Besamte sind, die bei jeder Forderung nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen von den Unternehmern ins Feld geführt worden sind. Als die Arbeiter die Verkürzung der Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden forderten, da schrieb das Unternehmertum: das Baugewerbe muß zu Grunde gehen, wenn im Sommer nicht elf Stunden täglich gearbeitet wird. Heute wird der Achtstündentag nur noch von ganz wenigen, bis ins Innerste rückständigen Bauunternehmern bestritten. Derselbe Scheinmeister wiederholte sich, als die baugewerbliche Arbeiterschaft in den größeren Städten den ersten ernsthaften Vorstoß zur Erringung des Neunstunden-tages machte. Beschlüsse über Achtstunde wurden von den Zunungs-berathmungen und anderen Unternehmergremien gefaßt, die alle dahin ausliefen: Unter zehn Stunden nicht! Inzwischen ist der Neunstundenentag in vielen Hunderten von Baubetrieben längst zur Tatsache geworden, und wenn sich auch leider die übergroße Mehrheit der Arbeiter der neunstündigen Arbeitszeit noch nicht erfreuen kann, ihre von Jahr zu Jahr größer werdende Ausbreitung und Anerkennung ist über jeden Zweifel erhaben. Das Baugewerbe blüht und gedeiht nach wie vor, und weder ein Wohnungsmangel noch ein Mangel an sonstigen Baustoffen ist eingetreten, eher kann man von einer zeitweiligen Ueberproduktion reden.

Sollten wir mit dem Neunstundenentag nun wirklich an der Grenze des Möglichen angelangt sein? Daran ist gar nicht zu denken! Das 'Zentralblatt' sagt zwar mit Recht, daß an einem Bauwerk bei achtstündiger Arbeitszeit nicht mehr Leute arbeiten können, als bei der neunstündigen - vorausgesetzt allerdings, fügen wir hinzu, daß der Bau richtig vorbereitet und mit Arbeitskräften voll besetzt war. Wo bis bisher nicht der Fall war, wo es an guter Vorbereitung und Leistung fehlte, wo es halb an Material, halb an Gerüst und dann wieder an Detailzeichnungen z. mangelte, wo Polier und Meister tyrannisch Bauteam wegen die Arbeiter schikanieren und die Arbeitsstätten Laubenschlagen, gleichen - da muß freilich mit diesen Umständen gründlich aufgeräumt werden. Wenn die Herren Baumeister so reformieren möchten, dann können sie verhindern, sie werden den Wegfall der neunten Stunde bezüglich Innehaltung der üblichen Vorschriften gar nicht spüren. Die übergroße Mehrheit aller Bauten wird auch bei achtstündiger Arbeitszeit innerhalb eines Jahres (inkl. Wbruch) fertiggestellt sein, so daß große Zinsverluste und schwere Schädigungen nicht nur des ganzen Baugewerbes, sondern weitester Bevölkerungskreise, die das 'Zentralblatt' angstvoll an die Wand malt, gar nicht in Frage kommen.

Ganz depactiert ist folgender Satz, den das Unternehmerrgan anscheinend für ein sehr gewichtiges Argument hält: Schon heute ist jeder Baugewerbetreibende, welcher sich in dem freien Wettbewerb behaupten will, gezwungen, die ihm übertragenden Bauten in der kürzesten Zeit auszuführen, da sich die Ansprüche der privaten Bauherren nach dieser Richtung in den letzten Jahren bereits bis an die Grenze der Möglichkeit gesteigert haben. Wie soll es unter diesen Umständen möglich sein, dieselben Fristen einzuhalten, wenn jeder auf einem Bau beschäftigte Arbeitnehmer während 7 Monate täglich eine Stunde weniger arbeitet als früher? - Das soll ein 'schwerwiegender wirtschaftlicher Grund' gegen den Achtstündentag sein? Ach, wie naiv! Natürlich haben die Bauherren das wohlgegründete Recht, die Erfüllung berechtigter Ansprüche zu verlangen; aber die Grenze solcher Ansprüche wird doch ohne weiteres durch die Leistungsfähigkeit des Baugewerbes gezogen. Wenn heute manchmal, um die Räume eines Bauherren zu befriedigen, zu kurze Baufristen berechnert werden, dann mügen Bauherr und Baumeister sehen, wie sie auseinander kommen, die Arbeiter können und wollen nicht darunter leiden. Und wenn ein Bauherr unter den veränderten Verhältnissen nicht bauen will, dann verläßt er es eben, dann baut ein anderer. Ober bilden sie die am 'Zentralblatt' beteiligten Baumeister vielleicht ein, daß ein Berliner Bauherr sein Wohnhaus nach Wozgowitz schieben und dort abbrechen und neu errichten lassen wird, um es dann wieder nach Berlin zurückrollen zu lassen? Nach wie vor wird in Berlin das gebaut werden, was nötig ist, oder was die Spekulation für nötig hält.

Schließlich wird - wohl als schweres Geschick - eine ernannte Vertretung aller Bauarbeiten als wirtschaftlicher Grund gegen den Achtstündentag ins Feld geführt. Das wäre in der Tat ein wirtschaftlicher Grund, und er würde beachtlich sein, wenn die beschränkte Vertretung unentgeltlich zu werden drohe. Daß dies aber eintreten wird und muß, ist eine völlig unbewiesene Behauptung. Von dem Zentralblatt wird berechnet, durch die verlangte Verkürzung der Arbeitszeit werde die Bauzeit um 12,5 pZt. verlängert. Schon diese Zahl zeigt, daß der betreffende Rechnungsführer hart aufträgt, denn die einfache Rechnung ergibt, daß sich 9 zu 8 verhält wie 100 zu 88,89 und nicht 87,5. Aber auch die falsche Rechnung

erhebende Verringerung der Arbeitsleistung von 11,11 pZt. wird durch die Entlohnungen, die in anderen Gewerben bei der Durchführung des Achtstundentages gemacht worden sind, nicht gerechtfertigt; ja auch bei der Verringerung der Arbeitszeit von acht auf neun Stunden im Bauwerke eine Verminderung der Arbeitsleistung pro Mann und Tag so gut wie gar nicht bemerkt worden ist. Die gleichzeitige geforderte Lohnerhöhung von 10 1/2 pro Stunde würde natürlich die Baukosten erhöhen, und zwar die Lohnsumme um 13 1/2 pZt. Der Arbeitslohn macht aber nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Bau- und Grundstückskosten aus, so daß der geforderte Aufschlag die Gesamtkosten eines Bauwerkes, lagen vier Mietkategorie, höchstens um 2 bis 3 pZt. erhöhen würde. Das wäre die als riesengroß geschätzte Last, die den Mietern bei der Durchführung der Forderungen der Berliner Maurer, Zimmerer usw. auferlegt würde. Das kann natürlich kein wirtschaftlicher Grund sein, die Forderung nach Einführung des Achtstundentages abzulehnen.

Sie den Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten" sind alle Gründe, die zur Verteilung dieser Forderung beigebracht werden, "schwach — sehr schwach". Wenn wir einen "Retourkupon" bedeuten wollten, müßten wir sagen, die Ablehnung der Forderungen des Berliner Unternehmerverbandes sind schwächer als Gründe, es sind grundsätzliche Gründe, worauf man kein Bauwerk errichten kann, wenn man nicht zu Schaden kommen will. Der Berliner Unternehmerverband tut sich viel darauf zu gute, daß er seit dem Jahre 1899 den "gewerblichen Frieden im Berliner Bauwerke erhalten und bewiesen habe, daß ihm jeder einseitige Standpunkt in der Beurteilung der Arbeiterfragen fern liege". Wir haben gewiß nichts dagegen, wenn sich diese Unternehmerorganisation rühmt, mit einem Tropfen sozialpolitischen Deis gelobt zu sein, aber sind denn etwa die Berliner baugewerblichen Arbeiter weniger friedliebend? Ganz gewiß nicht, denn sonst wäre der Tarifvertrag schon längst in die Wirklichkeit gegangen. An berechtigter Mißbilligung der Arbeiterseite über die Zustände auf den Bauten hat es doch wahrhaftig nicht gefehlt, so daß schon sehr oft der Vertrag in Grund und Boden verdammt worden ist. Die Mehrzahl unserer Kollegen wird es darum auch nicht als ein großes Unglück empfinden, wenn vorläufig kein Vertrag wieder zu Stande kommt.

Gegenüber der Parole des Unternehmerverbandes, die Verabreichung der neunmündigen Arbeitszeit mit aller Energie und immer ganzen Macht zurückzuweisen zu wollen, sei übrigens daran erinnert, daß er mit dieser "Macht" schon früher Schiffbruch gelitten hat. Im Berliner Bauwerke haben beispielsweise die Püger, Rabiger und Stuktureure den Achtstundentag, natürlich gegen den Willen des Verbandes der Baugeschäfte. War seine Macht damals schwächer oder kamen alle die "Gründe", die man nun gegen den Achtstundentag der Maurer, Zimmerer und deren Hilfsarbeiter "mit großer Mühe herangeholt hat" für die erstgenannten Branchen nicht in Betracht?

Vorläufig herrscht auf beiden Seiten Kampfstimmung. Unsere Kollegen haben am Freitag der letzten Woche in Bezirksversammlung mit 7359 gegen 579 Stimmen geschlossen für die Aufrechterhaltung der Forderung des Achtstundentages votiert. Die lokalistischen Maurer und die Bauhilfsarbeiter haben in demselben Sinne beschlossen, und die Zimmerer, deren Abstimmung bei Nebstabschlüssen uns noch nicht bekannt war, werden wahrscheinlich gleichfalls an der Forderung teilhaben. Vorige Woche berieten sich von einer zu erwartenden Aussperrung, von der etwa 55.000 Arbeiter des Berliner Bauwerkes und einiger Nebengewerbe betroffen wüßten. Der "Vorwärts" schreibt: "Die Situation ist gespannt, doch kann man noch nicht sagen, ob es wirklich zum Kampfe kommt. Wie wir hören, wird sich das Einigungsamt an einem der nächsten Tage, vermutlich Mittwoch, nochmals mit der Angelegenheit beschäftigen."

In Lützenwalde hat eine Verhandlung am 12. April eine Einigung gebracht. Die Arbeit wird am 16. April wieder aufgenommen. Erreicht wurde eine Lohnerhöhung von 8 1/2 für 1907/08, und dann eine weitere Erhöhung des Lohnes um 2 1/2. Die Arbeitszeit verbleibt bei 9 1/2 Stunden. Am Laufe der Woche ist noch durch Vermittlung des Bauereimetzlers Kruse-Steinthal ein Krupp Italiener angekommen. Diese Leute sind aber keineswegs nach dem Geschmack der Unternehmer ausgefallen, denn die Kolonne führt eine Anzahl Furschen mit und diese haben die Lützenwalder Meister selber im Überflusse. Nachdem sie jetzt am Ort sind und nach Handwerksgebrauch und Gewohnheit ihre Tätigkeit entfalten, ist es den Meistern erklärlich, warum Herr K. die Leute so schnell los sein wollte, als er sie den Lützenwaldern empfahl.

In Buchmühle ist es in den Geschäften von Gonzalez Schulz und Krause zur Arbeitseinstellung gekommen. Diese drei wolgern sich, den Vertrag anzuerkennen, der mit der Mehrzahl der dortigen Unternehmer abgeschlossen worden ist.

Die Aussperrung in Eberswalde ist am 12. April beendet worden. Die Unternehmer bewilligen eine Lohnerhöhung von 8 1/2, so daß nun der Lohn 66 1/2 pro Stunde beträgt. Später liefert in Zukunft der Unternehmer, ebenso die Stemmzüge bei größeren Stemmarbeiten.

**San Bremen.** Nachdem der Gesellenausschuss der Innung "Bauhütte" zu Vlumertsholm abgelehnt hat, die Lohnfrage unserer Kollegen in Frage zu stellen, sondern die Unternehmer an weiteren Verhandlungen zu erlassen, hat der Unternehmer eine Aufforderung zur Gründung eines Arbeitgebetverbandes in einem bürgerlichen Hause. Diese lautet: "Auch hier beabsichtigt man einen allgemeinen Arbeitgeberverband für das gesamte Baugewerbe zu gründen, da es der Baugewerkschätzung, "Bauhütte" Mühseligkeit bislang nicht gelungen ist, einen neuen Lohn- und Arbeitsvertrag mit ihren Leuten abzuschließen. Der betreffende Gesellenausschuss erwidert, keine Befugnis zu haben, einen diesbezüglichen Vertrag fernherhin abzuschließen; die Innung jedoch darf als gesetzliche Organisation nur Lohn- und Arbeitsbedingungen mit dem Gesellenausschuss regeln und nicht mit den Gesellen- und Arbeiterorganisationen. (Das ist der alte Schwund. Red. d. "Geb.") Um nun ein friedliches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern herzustellen, haben die Mitglieder der Innung es für nötig gehalten, einen Arbeitgeberverband zu gründen, der das gesamte Baugewerbe umfaßt. Der guten Sache wegen ist eine rege Beteiligung aller Meister dringend erwünscht."

Unsere Kollegen wird es gleichgültig sein, ob sie mit der Innung oder einem Arbeitgeberverband, Lohn- und Arbeitsbedingungen regeln. Die Hauptsache wird sein, daß dies in friedlicher Weise geschieht. Berücksichtigen wollen wir nicht, daß die Innung im vorigen Jahre mit den Bauarbeitern die Lohn- und Arbeitsbedingungen geregelt hat, und hoffentlich gelingt dies auch mit der neuen Körperschaft der Unternehmer.

Unsere Kollegen in Frankfurt a. M. kämpfen vorläufig weiter und sehen frohen Mutes den kommenden Dingen entgegen. Die Unternehmer suchen dem bauenden Publikum Sand in die Augen zu streuen; aber es wird alles nichts nützen, sie müssen sich wohl oder übel bald zu Verhandlungen bequemen.

In Hagen, dem Zweigverein in Vennert haben angehörend, haben unsere Kollegen einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Neben einer Stunde Arbeitszeiverkürzung (von elf auf zehn Stunden) haben sie auch eine Lohnerhöhung von 7 1/2 pro Stunde und einige Nebenforderungen bewilligt erhalten.

In Soltau haben sich unsere Kollegen mit dem Zugewandnis von 4 1/2 pro Stunde einverstanden erklärt; damit ist die Lohnfrage erledigt.

In Seelze haben unsere Kollegen 5 1/2 Lohnerhöhung erhalten.

**Gau Frankfurt a. M.** Die Kollegen von Hierstein und Schwabburg hatten am 12. März, ihren Unternehmern Forderungen auf Verbesserung des feitherigen Lohnes von 35 1/2 auf 45 1/2 pro Stunde und Einführung der zehnmündigen Arbeitszeit an Stelle der bisherigen elfmündigen unterbreitet. Antwort wurde bis zum 20. März erwartet. Es erfolgte auch prompt und bestand darin, daß ein Kollege von der Lohnkommission entlassen wurde. Der darauf beschlossenen die Kollegen einstimmig den Streik. Der Streik dauerte 14 Tage und die Unternehmer markten auf Arbeitswillige, aber vergaben. Das wurde ihnen schließlich doch zu wenig; nun erwählten sie die Kommission der Maurer um Verhandlung des Streiks. Es wurde auch eine Einigung erzielt: Einführung der zehnmündigen Arbeitszeit und ein Stundenlohn von 15 April bis 1. Juli 1907 von 40 1/2, vom 1. Juli 1907 bis 1. März 1908 von 43 1/2 und vom 1. März 1908 bis 1. März 1909 von 45 1/2; Unfordarkeit und der sogenannte Tagelohnstark darf nicht mehr stattfinden.

**Gau Gumburg.** Der Streik in Stade steht äußerst günstig. Trotz der vielen Anfechtungen, die die Unternehmer machen, sind die Kollegen bisher von Zug Zug verhalten geblieben. Die Unternehmer haben nun auch schwarze Eimer verhandelt, wovon ein Exemplar auch den Streikenden in die Hände gefallen ist; sie gönnen den Unternehmern dies harmlose Vergnügen von Herzen. Der Defensivität wollen die Unternehmer vormachen, die Arbeiter stehen nicht mit ihr unterhandeln, das ist eine böswillige Entstellung, ungeheuerlich wird ein Stuch daraus. Aber die Unternehmern werden ihren halsstarrigen Standpunkt bald aufgeben müssen, wenn die Kollegen eilig im Kampfe bleiben wie bisher.

Der Zweigverein Hemmoor, in dessen Vereinsgebiet bisher die verschiedenen Eimer geschah wurden, hat für die Orte Hemmoor, Westerbode, Markade, Wasbeck, Gethausen, Horst, Oberndorf, Höggerode, Radeberg, Radeborsdorf und Radebors mit den Unternehmern einseitliche Eime und Arbeitsbedingungen vereinbart. Hiermit beträgt der Minimallohn pro Stunde 40 1/2, für Überstunden 5 1/2 Aufschlag, ferner für Nacht- und Sonntagsarbeit 10 1/2 Aufschlag pro Stunde. Die Arbeitszeit ist von 16. März bis 15. Oktober von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends; die Frühstücks-, Mittags- und Vesperpausen machen zusammen zwei Stunden aus. Die Lohnzahlung erfolgt wöchentlich, bei Neubauten auf der Baustelle, im übrigen sofort nach Feierabend bei dem Unternehmer. Die Lohnbewegung in Gumburg a. d. E. ist beendet. Unsere Kollegen hatten den Unternehmern eine Forderung unterbreitet, nach der der Stundenlohn von 43 auf 52 1/2 steigen und die Arbeitszeit von zehn auf neunmündig Stunden herabgesetzt werden sollte. Bei den Verhandlungen mit den Unternehmern mußte der schlechte Konjunktur wegen die Forderung ermäßigt werden. Hieraus kam es zu einer Einigung. Es wurde ein dreijähriger Tarif abgeschlossen: Für dieses Jahr beträgt der Stundenlohn 47 1/2, für das Jahr 1908 steigt er auf 48 1/2 und im Jahre 1909 auf 50 1/2. Außer diesen Sätzen wurden noch besondere Vereinbarungen über Nacht- und Sonntagsarbeit, Überstundenarbeit usw. getroffen. Das Arbeitsverhältnis kann von beiden Seiten ohne vorherige Kündigung gelöst werden. Diese Abmachungen gelten vom 1. April 1907 bis 1. April 1908 und haben jeweils ein weiteres Jahr Gültigkeit, wenn der Vertrag von keiner der Parteien nicht vier Wochen vor Ablauf seiner Gültigkeitsdauer kündigt ist.

Die Baughilfsarbeiter in E n d b u r g, die am 31. März in den Streik eintraten, wodurch unsere Kollegen in Mits Lebenshaft gezogen wurden, haben ihre Forderung bewilligt bekommen. Der Stundenlohn beträgt bis zum 1. Juni 44 1/2 (40 1/2), bis zum 1. April 1908 46 1/2 und von diesem Zeitpunkt bis zum 1. April 1909 47 1/2.

Alle Kollegen, Zimmerer und Bauarbeiter in Kellinghusen haben die Arbeit eingestellt. Nachdem wiederholt unzulässige Verhandlungen mit dem Innungsvorstand stattgefunden und die Maurer, sowohl wie die Zimmerer, ihre Forderungen bedeutend reduziert hatten, erklärte der Innungsvorstand, einer Verkürzung der Arbeitszeit von zehn auf neunmündig Stunden nicht stattgeben zu können. Eine Lohnsteigerung in der Höhe, daß, hat wie bisher 4 1/2, 48 1/2 pro Stunde bezahlt werden, sollen, mit der Innung bewilligen. Unseren Kollegen genigte dieses Angebot nicht, weshalb die Arbeitseinstellung erfolgte. Gleich nach erfolgter Arbeitseinstellung bemühten sich die Unternehmer aus der Umgebung von Kellinghusen die Streikenden einzuflehen, so daß sämtliche streikende Kollegen anderweitig in Arbeit gekommen sind. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist so groß, daß die Streikstellung noch circa 20 Maurer unterbringen könnte, wenn nur noch welche zur Verfügung stehen würden.

Die Baugewerksinnung von Kellinghusen droht den betreffenden Unternehmern, die Streikende einzeln, mit Berufserklärung, wie aus nachfolgendem Schreiben hervorgeht:

Kellinghusen, d. 11. April 1907.

Herrn Heinrich Krohn, Kellinghusen.

Nachdem Sie sich geweigert haben, die hier streikenden Gesellen aus der Arbeit zu entlassen, ist beantragt worden Sie von der Mitgliedschaft der Innung und der Vereinigung auszuschließen. Dieser Antrag wird uneingeschränkt und ohne weiteres, weil Sie sich unzulässig benommen und den beteiligten

Innungsmännern Schaden zufügen durch Beschäftigung der Leute. Der Verlust der Mitgliedschaft kann nur durch Entlassen der Gesellen abgemindert werden.

Der Obermeister Hermann Dells.

So gut es bei der mehrere Obermeister von Kellinghusen mit seinem Kollegen in Kellinghusen meinte, hat er doch kein Glück damit gehabt. Ebenso ist er auch in allen anderen Orten mit seinen Drohbrieffen und schwarzen Mägen abgeblüht.

In Suu haben die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter das Angebot der Unternehmer zurückgewiesen. Die Unternehmer boten 50 1/2 Stundenlohn für die Zeit vom 1. Mai 1907 bis zum 30. April 1908. Die Kollegen fordern aber für dies Jahr 50 1/2 und für das nächste Jahr 53 1/2 und zwar dann bei zehnmündiger Arbeitszeit. Auch will man nicht auf das Angebot der Unternehmer eingehen, wonach Junggelehrte und alte Kollegen 5 1/2 weniger Lohn haben sollen. Im übrigen hatten die Unternehmer alle sonstigen Bestimmungen des alten Tarifs einfach gestrichelt, die Gesellen sind aber nicht geneigt, so ohne weiteres darauf zu verzichten. Man hat nun den Unternehmern einen anderen Tarifentwurf vorgelegt. Von ihrer Antwort wird es abhängen, was die Zukunft bringt.

Die Zementure in Hamburg sind am 15. April in eine Bewegung zur Regulierung der Löhne eingetreten. Innerhalb der Zementwerke herrschen bisher die schreiendsten Ungleichheiten. Die Löhne schwanken von 45 1/2 bis 80 1/2. Bei dieser Bewegung handelt es sich nun darum, für die Einschaler und die Süßarbeiter feste Löhne von 70 1/2 resp. 60 1/2 zu schaffen. Von den in Betracht kommenden Firmen haben drei mit circa 50 Arbeitern die Forderungen bewilligt, bei acht Firmen mit circa 350 Arbeitern mußte die Arbeit niedergelegt werden.

**Gau Hannover.** Ueber die Lohnbewegung in Hannover wird uns noch geschrieben: Die Bewegung hat viele Stadien durchlaufen müssen und war oft nahe daran, zur allgemeinen Arbeitseinstellung zu führen. Am 13. Februar begannen die Verhandlungen im Bauvereinsamt und dauerten bis zum 14. März. In dieser Zeit wurden elf Sitzungen abgehalten. Gefordert wurde von uns die neunmündige Arbeitszeit und 65 1/2 Lohn. Es war nicht möglich, die Unternehmer zu einem Entgegenkommen bezüglich der Arbeitszeiverkürzung zu bewegen. In den letzten Verhandlungen lautete das Angebot der Unternehmer auf 60 1/2 Lohn für 1907 und 1908 und 62 1/2 für 1909/10. Besonders geizig zeigte sich Herr Peeren, hierher aus, der unseren Vertretern erklärte, daß am 16. März ohne weiteres ausgespart werden würde, wenn wir dieses Angebot nicht annehmen würden. Herr Peeren hat die Kollegen nach dem fauberen Submissionsgesetz herbeigeholt, die sich beim Ausschreiben des Bauvereinsamtes abspielte. Er hatte auch sich gut reden von der Aussperrung, denn er hat gegenwärtig keine andere Arbeit, als die am neuen Rathaus, die aber ihrer Bedeutung entgegensteht. Dieses Angebot wurde von unserer Versammlung zurückgewiesen. In den weiteren Verhandlungen wurde dann von uns einige Zugeständnisse gemacht. Wir schlugen vor, den Lohn für dieses Jahr bei neunmündiger Arbeitszeit auf 63 1/2 und für 1908 auf 65 1/2 festzusetzen. Aber auch dafür waren die Unternehmer nicht zu haben. Einer darauf abgehaltenen Versammlung legte die Lohnkommission folgende Resolution vor: "Die heute tagende Versammlung der Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Zweigverein Hannover, nimmt Kenntnis von den Verhandlungen, mit den Unternehmern. Die Versammlung spricht ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß die Verhandlungen von so wenig sozialistischem Verständnis seitens der Herren Unternehmer getragen waren, daß diese nicht einmal für das letzte Vertragsjahr die neunmündige Arbeitszeit zugestanden. Die Versammlung erklärt aber, um des lieben Friedens willen und in dem Bewußtsein, daß ein Kampf nicht allein sehr schwer schädigende Folgen für das gesamte Baugewerbe, sondern auch für einen großen Teil der Hannoverischen Einwohnerchaft nach sich zieht, auf die Verkürzung der Arbeitszeit zu verzichten. Die Versammlung beauftragt daher ihre Kommission, auf Grund des ihrerseits gemachten Angebots von 60 1/2 pro Stunde für dieses Jahr, 63 1/2 für das zweite Jahr und 65 1/2 für das letzte Vertragsjahr, den Vertrag mit den Unternehmern abzuschließen. Die Versammlung gibt sich der Hoffnung hin, daß, nachdem sie auf die so notwendige Verkürzung der Arbeitszeit verzichtet und damit eine weitgehende Konzession gemacht hat, nunmehr die Unternehmer, um den Frieden im Baugewerbe zu sichern, geneigt sind, den Vertrag auf der Grundlage des obigen Angebots zu vereinbaren." Diese Resolution wurde aber von unseren Kollegen mit großer Mehrheit abgelehnt. Zum 14. März war noch einmal die Verhandlung mit den Unternehmern vorgefallen. Dierin machten uns die Unternehmer den Vorstoß, sofort 60 1/2, vom 16. März 1908 an 62 1/2 und vom 16. März 1909 an 64 1/2 zu zahlen und es bei der bisherigen neunmündigen Arbeitszeit zu belassen. Die Versammlung, die hierzu Stellung nehmen sollte, tagte am 17. März, und zwar schon Vormittags. Hier wurde das Angebot, wenn auch erst nach heftigem Widerstande einzelner Kollegen, angenommen. Mit der Annahme dieses Angebots wurde der Kampf noch im letzten Augenblick vermieden. Der neue Vertrag unterschreibt sich fast nur dadurch von dem alten, daß er eine Bestimmung über Fahrgehaltsentziehung enthält.

Im Zweigverein Hannover, Bezirk Seelze, haben Wittwoh, den 10. April, in Seelze sämtliche Fabrikmurer der chemischen Fabrik C. De-Gaen, 17 an der Zahl, die Arbeit eingestellt. Die Maurer forderten von der Firma eine Lohnzulage von 20 1/2 pro Tag. Der Betriebsleiter, Herr Wielow, sagte zu der Kommission, die vorstellig wurde: soweit er daran etwas tun könnte, würde nichts bewilligt, und wenn der Betrieb ein ganzes Jahr stillliege. Auch wollte er mit dem Zweigvereinsvorsitzenden nicht verhandeln; nach drei Tagen hatte sich indessen die Situation geändert, so daß bei den Verhandlungen auch der Zweigvereinsvorsitzende mit hinzugezogen wurde. Die Verhandlung hat zu einer Einigung noch nicht geführt. Somit dauert der Streik unverändert fort.

Im Zweigverein Hannover, Bezirk Rattenfen a. d. Leine, wurde Anfang Januar den dortigen Unternehmern die Forderung auf Erhöhung des Stundenlohnes von 50 1/2 pro Stunde, sowie die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden unterbreitet. Am 26. März fanden Verhandlungen statt, die zu einem Vertragsabschluss

auf drei Jahre fuhren, also bis 1. April 1910. Der Stundenlohn für Maurer und Zimmerer ist für die Ortsgemeinden Battenfen, Gießelsdorf, Gypede, Derle, Linderte, Koloven, Brie, Jhne, Gollensen und Roden 3 Battenfen vom 1. April 1907 ab von 45 s auf 50 s erhöht; vom 1. April 1909 ab erhöht sich der Lohn auf 55 s. (Eine Lohnsteigerung von 8 s pro Stunde.) Für Geldingen erhöht sich der Lohn ab 1. April 1907 von 45 s auf 48 s, ab 1. April 1909 auf 51 s. (Lohnsteigerung ebenfalls 8 s pro Stunde.) Für Debes, Arnum, Wettbergen, Weelen, Gortelbeck und Netten a. d. L. vom 1. April 1907 ab von 47 s auf 50 s, vom 1. April 1909 ab auf 55 s. (Lohnsteigerung 8 s pro Stunde.) Für die Ortsgemeinde Grasdorf beträgt der Stundenlohn von 50 s ab 1. April 1907 ab 55 s. Der Stundenlohn für Junggefelln beträgt 10 s weniger als der der Gesellen. Außerdem werden für Überstunden 10 s Aufschlag bezahlt. Diese Abmachungen erstrecken sich auf 18 Ortsgemeinden und umfassen einen Landkreis von 28 Kilometern. Mit der Errichtung der Organisation wurde im Jahre 1903 begonnen, mit Ausnahme von Grasdorf, da in diesem Orte schon in den vier Jahren eine Organisation (Zahlstelle) der Zimmerer bestand, der auch andere Kollegen als Mitglieder angehörten; auch in den übrigen Ortsgemeinden waren vereinzelte Kollegen organisiert. 1903 wurde noch ein Stundenlohn bis 40 s gezahlt. Nachdem die Organisation festen Fuß gefaßt hatte, wurde der letzte Mann dazu bereitgestellt, konnte der Stundenlohn einseitig herabgesetzt werden. Durch Abschluß dieses Vertrages ist auch den sämtlichen Kollegen von neuem der Beweis geliefert, daß nur durch eine gute Organisation eine Gehaltsverbesserung möglich ist. Wenn auch vor drei Jahren noch einige Kollegen, die in Hannover arbeiteten und in obigen Kreis agrarischen Ortsgemeinden besetzt sind, nicht daran glaubten, in ihren Heimatorten jemals mit der Organisation festen Fuß zu fassen, so haben sie sich doch geändert. Damit war in diesem Bezirk die Lohnbewegung beendet.

In Bünde dauert der Kampf unermüdet fort. Von den 67 in den Streit getretenen Kollegen sind 19 abgeworfen und 14 arbeiten insgesamt an neuen Bedingungen. 40 befinden sich demnach noch im Streit. Bis zu kommen noch von Mittwoch, den 17. April, 68 Kollegen von fünf Unternehmern, die eine vierwöchige Kündigung hatten. Wenn die Unternehmer erst merken, daß es den Kollegen ernst mit der Verbesserung ihrer Lebenslage ist, dann werden sie ihren Seiten andere Köpfe entlocken müssen. Wie verlegen die Unternehmer um Maurer sind, geht daraus hervor, daß sie in Mittelner Ferkungen Maurer suchten, trotzdem sie wissen mußten, daß auch dort unsere Kollegen sich im Streit befinden. Oder sollten sie beim Maurer so wenig Solidarität und Klassenbewußtsein voraussetzen? Dies Inzertatengeld wäre besser angelegt, wenn es den Bändener Maurern zu ihrem künftigen Lohn zugewandt wäre.

In Bielefeld beschäftigten sich die Kollegen in einer Versammlung am 6. April mit den von den Unternehmern gemachten Zugeständnissen. Sie lauten in der Hauptsache: Der Lohn beträgt bei zehnstündiger Arbeitszeit von jetzt bis zum 1. April 1908 43 s (bisher 40 s), vom 1. April 1908 bis 1. April 1909 45 s. Für Junggefelln wird der Lohn besonders vereinbart. Überstunden werden mit 10 s Aufschlag, Nacharbeiten mit 20 s Aufschlag bezahlt. Beim Weizen gibt es 25 s pro Stunde, bei Badofenarbeiten 1 pro 1 pro Stunde. Überstundenzeit ohne Kost wird mit 46 s resp. 48 s pro Stunde bezahlt, wobei geändert, so gibt es 50 s resp. 53 s pro Stunde. Dabei werden die Wege von beiden Seiten je zur Hälfte getragen. An den hohen Feiertagen ist eine Stunde früher Feierabend ohne Lohnabzug, Kündigung ist ausgeschlossen.

In Halle a. S. hat sich erst kürzlich eine Organisation gebildet, doch gehörten die meisten Kollegen schon dem Zweigverein Magdeburg als Einzelmitglieder an. Jetzt haben die Kollegen den Unternehmern eine Forderung gestellt. Sie fordern Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden und Erhöhung des Lohnes von 38 s auf 40 s. Die meisten Unternehmer haben schon bewilligt. Es geht es auch hier vorwärts.

In Wilmberg (Sippe) hatten unsere Kollegen am Tage nach Ostern die Arbeit nicht wieder aufgenommen, weil die Unternehmer zu irgend einer Erklärung zu der eingereichten Forderung nicht zu bewegen waren. Die Forderung lautete: Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden und Erhöhung des Lohnes von 3,50 Tagelohn auf einen Stundenlohn von 36 s. Nach achtstündiger Arbeit ist die ja auch sowieso bestehende Forderung glatt bewilligt worden.

In Winteln ist der Streit ebenfalls beendet und am Montag, den 15. April, die Arbeit wieder aufgenommen. Die Unternehmer, die anfänglich in diesem Jahre überhaupt keine Lohnerböschung eintreten lassen wollten, haben sich denn beunruhigt. Den Lohn von 35 auf 38 s vom 15. Mai an zu erhöhen. Die Forderung vertraglicher Bestimmungen findet nach Aufnahme der Arbeit noch statt.

Da die Unternehmer im Zweigbezirk Greene nennenswerte Zugeständnisse nicht machten, haben die Kollegen am 15. April die Kündigung eingereicht. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß während der Kündigungszeit noch eine Einigung erzielt wird. In Wehrath kommen etwa 150 Kollegen.

**Gau Magdeburg.** Die Forderung in Aschersleben lautete auf 45 s Stundenlohn nebst den üblichen Nebenforderungen in bezug auf Überstunden, Nacht- und Sonntagarbeit usw. Die Unternehmer haben versprochen, zu verhandeln, haben aber bisher noch nichts von sich hören lassen. Der Streit ist jedenfalls unermüdet.

Die Bewegung in Blankenburg kann als erledigt betrachtet werden. Die Unternehmer wollen vom 15. April ab 1 s und vom 1. Juli ab nochmals 1 s zulegen. Die leitenden Kollegen hielten dieses Zugeständnis nicht für weitgehend genug und legten der Versammlung eine dementsprechende vom Bauvorstehenden formulierte Resolution vor. Diefelbe wurde aber mit 45 gegen 38 Stimmen abgelehnt und dann das Angebot der Unternehmer mit 61 gegen 34 Stimmen angenommen. So ist es recht.

Wenn das ja weiter geht, werden die Blankenburger noch bis zum nächsten Jahrhundert Klassenlöhne bis zu 25 s haben.

Der Streit in Croppenstedt ist nach sechsstägiger Dauer mit vollem Erfolge beendet worden. Die Unternehmern setzten Himmel und Hölle in Bewegung, um den Kollegen die Verhandlungsbereitschaft zu verlernen. Als ihnen das nicht gelang, mußten sie kapitulieren.

Die Unternehmer in Coswig boten 1 s Lohn-erhöhung. Als sie absolut nicht weitergeben wollten, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Durch Versammlungsbefehl wurde daraufhin festgelegt, daß die Lohnkommission jederzeit zu weiteren Verhandlungen zur Verfügung steht und daß auch der Gewerkschaft dabei mitwirken soll. Die Zimmerer streifen schon seit Januar, und so ist es gar nicht ausgeschlossen, daß es in kurzer Zeit auch bei uns zum Kampfe kommt.

Der Zweigvereinsvorstand in Dessau ist beauftragt, mit dem Bauvorstehenden eine Forderung auszuarbeiten. Inzwischen ist der Arbeitgeberverband erjudet worden, sich darüber zu äußern, ob er geneigt ist, in persönliche Verhandlungen zwecks Aufhebung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit uns einzutreten.

Die Bewegung in Gelnau wird nicht so recht vorwärts kommen. Der Versammlungsbefehl ist sehr minimal, so daß es den Anschein gewinnt, als wenn die Wehrkraft der Kollegen gegen eine Lohnbewegung sei.

Die Hornbäcker Kollegen (Zweigverein Oschersleben) sind gewillt, für ihren Bezirk ebenfalls 40 s Stundenlohn durchzudrücken und stellen demgemäß am 14. April auf dem Rittergut Neubrandenburg die Arbeit ein.

Der Streit in Schwanebeck dauert fort. Die Mehrzahl der Kollegen ist schon anderweitig untergebracht; geben die Unternehmer nicht nach, so werden auch die noch im Streit stehenden Kollegen den Ort verlassen.

Der Streit in Halle bei der Firma Schädel & Hüner auf dem Günterwerke dauert fort. Die Mehrzahl der Streikenden ist abgereist oder anderweitig untergebracht. Allein am dem Rathaus-Neubau sind seitens des Gemeinderats sofort ca. ein Dutzend Kollegen in Arbeit genommen.

Die schon wiederholt stattgefundenen Verhandlungen in Langenmünde, an denen auch ein Vertreter des Bauvorstandes teilnahm, sind als endgültig gescheitert zu betrachten.

**Gau Mannheim.** In Rogheim-Wobenheim wurden am 6. März der Bauunternehmer eine Forderung von 47 s pro Stunde und Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, anstatt der bisherigen elfstündigen, unterbreitet. Der bisherige Stundenlohn betrug bis zu 45 s. Antwort wurde verlangt bis zum 20. März, die aber ausblieb. Am 28. März wurde die Lohnkommission bei den Unternehmern vorstellig, zuerst in Rogheim. Hier wurde sie prompt abgewiesen, indem hier keine organisierten Maurer beschäftigt sind, bewilligten die Unternehmer nach zweieinhalbstündiger Unterhandlung unsere Forderung. Nur einer, namens März, weigerte sich und erklärte, er hätte für uns keine Arbeit. Dagegen mußte Stellung genommen werden. Als ihm darauf die Maurer samt den Handlangern von der Arbeit weagungen, sah er sich gezwungen, unseren Tarif zu unterschreiben. In Rogheim mußte aber die Unternehmer Nikolaus Walther, Weiter-Wetter und Forst Valentin in die Sperre verhängt werden. Zugang ist ferngehalten.

Der Streit in der chemischen Fabrik Kunheim & Cie. in Mannheim-Ludwigshafen hielt trotz vierwöchigen Dauer sehr gut. Bei der Entlassung nach Ablauf der Kündigungszeit die Fabrikleitung, nach 14 Tagen wurden die Streikenden doch wieder zur Fabrik zurückkommen. Die Direktion hat sich aber geneigtlich verhalten. Die Streikenden sind bis auf drei, die zum Wollentzehen verbannt werden müssen, anderweitig untergebracht. Die Fabrikleitung hat mit Bauunternehmern angeknüpft, doch dieses dürfte ihr wenig nützen. Früher oder später wird sie die Bedingungen der Maurer anerkennen müssen.

In Dorff (Hessen) streiken seit Montag, den 8. April, unsere Kollegen. Hier haben wir es mit einem ganz rüden händigen Unternehmern zu tun. Durch Schmähsereien und Drohungen glaubten sie die Bewegung niederringen zu können. Auch hier sind unsere Kollegen bis auf fünf anderweitig untergebracht. Weibchen die Kollegen standhaft, so ist der Sieg sicher.

Die Lohnbewegungen in Godesheim, Dampert, heim, Bierenheim, Weingöndheim sind durch Tarifabschlüsse beendet. Erreicht wurde in genannten Orten eine Lohnerböschung im Durchschnitt von 4 s pro Stunde.

**Gau Nürnberg.** In einer ganzen Anzahl Zweigvereine befinden sich unsere Kollegen zur Zeit in Lohnbewegung, und dabei ist es nicht ausgeschlossen, daß es in einer Anzahl kommt. In Helmreichs, Selb und Schwartzenbach fordern unsere Kollegen an Stelle der bisherigen elfstündigen Arbeitszeit eine solche von zehn Stunden, auch in Schwandorf soll die Arbeitszeit täglich um eine Viertelstunde verkürzt werden. In den übrigen Orten, Kumbach, Bamberg, Lauf, Schwabach und Rehau, handelt es sich neben einiger anderer Forderungen um eine Erhöhung des Lohnes. Wenn es uns gelingt, an allen den obengenannten Orten die zehnstündige Arbeitszeit zu erringen, so haben wir in unserem Gau keinen Ort mehr, in dem Maurer in nennenswerter Zahl über zehn Stunden pro Tag beschäftigt werden. Hoffentlich wird es uns an diesem sowie auch an anderen Orten in diesem Jahre gelingen, den geforderten Lohn zu erreichen und es werden dann (ausgenommen Dörfel) sehr wenige Orte in unserem Tätigkeitsbereich mehr vorhanden sein, in denen sich unsere Kollegen mit einem Lohn unter 40 s pro Stunde abfinden lassen müssen. Die Kollegen in Helmbrechts haben sich infolge der steigenden Lebensmittelpreise veranlaßt gesehen, endlich einmal mit einer Forderung um Erhöhung des Lohnes resp. Verkürzung der Arbeitszeit an die Unternehmer heranzutreten. Sie haben in einer am 11. April abgehaltenen Versammlung beschlossen, folgende Forderung einzusetzen: 1. an Stelle der jetzt üblichen elfstündigen Ar-

beitszeit eine solche von zehn Stunden mit den bis jetzt üblichen Pausen eintreten zu lassen, 2. Überstunden sind nur in ganz dringenden Fällen zulässig, in solchen Fällen ist ein Lohnaufschlag von 10 s, für Nacht-, Sonntags-, Feuerungs- und Wasserarbeiten ein solcher von 20 s pro Stunde zu zahlen; 3. für Überlebararbeit ist ohne Überlebararbeit ein Zuschlag von 75 s, mit Überlebararbeit ein solcher von 125 pro Tag zu zahlen. Desgleichen ist in beiden Fällen etwa notwendiges Fahrgeld zu entschädigen; 4. der Mindestlohn muß für einen Maurer 40 s pro Stunde betragen. Eine Ausnahme hiervon ist zulässig bei Junggefelln in den ersten zwei Gesellenjahren, sowie bei solchen Gesellen, die durch Alter oder Invalidität nicht mehr im Vollbesitz ihrer Leistungsfähigkeit sind, jedoch darf der Lohn auch bei diesen Gesellen nicht unter 35 s pro Stunde betragen; 5. auf aller Neu- und größeren Umbauten ist der Arbeitslohn jeden Samstag Abend 6 Uhr aus der Arbeitsstelle in Papierbüden, worauf der Name des Arbeiters, Zahl der Arbeitsstunden, Arbeitslohn sowie etwaige Abzüge ersichtlich gemacht sind, auszugeben; 6. genaue Einhaltung der Obergewerkschaftlichen Vorschriften zum Schutze der auf Bauten beschäftigten Personen. Da das Vorgefährd in diesem Punkte gut zu werden befristet und ein guter Geist unter den Kollegen herrscht, haben wir mit unserer Forderung die beste Aussicht.

**Gau Stettin.** Im Lohngebiet Bahn bewilligten von neuem Unternehmern acht fünfzweigen den Stundenlohn von 40 s, nur Rapte konnte es sich nicht verstehen, Schwierigkeiten zu machen. Am 6. April gab die Klassenlöhne von 33 bis 40 s. Daraus wurde am 7. April mit ihm verhandelt, worauf er schriftlich den Lohn anerkannte, um am 8. April sein schriftlich gegebenes Wort zurückzugeben. Hieraus lagten 29 Mann die Arbeit nieder. Um der solchen Wiederholungen geschieht zu sein, soll jetzt von allen Unternehmern die schriftliche Anerkennung des im Februar eingereichten Vertrages gefordert werden.

Die Unternehmer in Belgard verfahren, die Gegenläufe, statt auf rechtliche Beilegung hinzuarbeiten. Unter anderem führten sie jetzt die vierzehntägige Lohnzahlung ein. In ein Entgegenkommen ist nicht zu denken. Es dürfte inzwischen zur Arbeitseinstellung gekommen sein.

In Friedland, Waldg. boten die Unternehmer statt der geforderten 40 s 35 s pro Stunde. Am 8. April wurde von sämtlichen Kollegen die Arbeit eingestellt. Durch Vermittlung des Senators Schulz kam es am 9. April zu Einigungsverhandlungen, die der Bürgermeister leitete. Wie immer bei solchen Verhandlungen, wurde auf Kosten der Arbeiter gefaßt. Nach einem Vermittlungsvorschlag der Arbeiter wurde am 28. Juni 38 s und von da bis zum 1. April 1909 40 s vereinbart. Die Kommission nahm diesen Vorschlag an, was zu lebhaften Auseinandersetzungen führte. Schließlich wurde er mit 52 gegen 18 Stimmen angenommen.

In Greifenberg sind unsere Kollegen für die zehnstündige Arbeitszeit noch nicht reif. Vier Unternehmer haben die zehnstündige Arbeitszeit und 40 s Lohn anerkannt; diesen schlossen sich noch zwei kleine Scharwerker an. Die drei größeren Unternehmern verhielten sich aber lebendig. Am 8. April kam es zur Arbeitseinstellung. Von vornherein konnten die Kollegen nicht verstehen, daß die Hälfte zu den neuen Bedingungen dauer arbeitete und sie sich ihren Teil erst erkämpfen mußten. Als nun gar noch die Unternehmer 40 s bewilligten und es jedem, frei stellen, so lange zu arbeiten, wie er wolle, da fanden einige, daß bei 40 Stunden 2,40 mehr zu verdienen seien als bei 38 Stunden. Einer wollte, diese Summe in Schenken, ein anderer in Brot anlegen. So arbeitete man 15 Stunden. Den weiter blühenden Kollegen wird es nun schwer gemacht, die Forderung der zehnstündigen Arbeitszeit herbeizuholen. 6 s Lohnerböschung sind durch die Bewegung erzielt; wir wollen hoffen, daß auch in der anderen Richtung die Herkunft liegt.

In Königsberg R.-M. wurde die zehnstündige Arbeitszeit und 38 s Lohn pro Stunde gefordert. Bewilligt wurden zehn Stunden und 35 s. Diese Forderung von 2 1/2 s ist angelehnt der glänzenden Arbeitslosigkeit ein sehr winziges Entgegenkommen, um so mehr, als Venturi der Arbeitskräften aus dem Bahner Bezirk schon im vorigen Jahre 37 s pro Stunde bezahlte. Dennoch stimmte eine Versammlung am 7. April dem Angebot zu. Hoffentlich werden unsere Kollegen nunmehr eine lebhaftere Agitation in der Umgebung entfalten, damit auch dies Gebiet recht bald die Lohnhöhe der Nachbarstadt erreicht.

In Neubrandenburg erziehen die Unternehmer eine Gegenorganisation. Im Herbst 1906 wurde einem Kolker von unseren Kollegen nahegelegt, wegen seiner Brutalität unsere Organisation zu meiden. Im Frühjahr fanden sich keine Leute; die unter einem so liebenswürdigen Kollegen arbeiten wollten. Dies führte zu Differenzen. Als nun unsere Forderung eingereicht wurde, lehnten die Unternehmer diese ab, weil 40 s Lohn den Leistungen und Fähigkeiten der Neubrandenburger angemessen seien. Sie verlangten bis zum 10. April die Anerkennung der alten Bedingungen. Inzwischen beschickte man sich der Kollegen, von denen vier ihren Austritt aus dem Verbande erklärten, weil sie dem „Deutschen Kolkerbund“ beitreten wollten. Einem inwalde geborenen Kollegen, der jahrelang in der Bewegung gestanden hat, hat man auch das Herz weicher gemacht. Die Differenzen verschärften sich noch und führten am 12. April zur Aussperkung. Jetzt soll die Forderung zur Anerkennung gebracht werden.

In Woldbegt werden zehnstündige Arbeitszeit und 40 s Lohn gefordert. Auch hier ist keine Verhandlung zu erzielen gewesen, und so dürfte es zum Kampfe kommen.

In Treptow a. d. Rega werden 40 bis 47 s pro Stunde gefordert, und doch wollen die Unternehmer zehn Stunden und 45 s nicht vertraglich festlegen. Hier dürfte es auch zu Differenzen kommen.

In Schwabehn wird bei elfstündiger Arbeitszeit der elende Lohn von 30 s pro Stunde gefordert. Unter dem Kollegen war eine günstige Stimmung, und so ist am 2. April eine Forderung auf zehn Stunden und 40 s eingereicht worden. In hönischer Weise ist diese abgewiesen. Die Unternehmer waren so neugierig, wissen zu wollen, wann und wo die Forderung beschlossen ist. Ein Kolkei tritt uns nämlich nicht zur Verfügung: Als legitime Vertreter









sehr gut zu verstehen; vielleicht besteht es, Arbeiter an der...
Hocherlöbte. Der hiesige Zweigverein forderte für 1907...

Josef Schroth, St. Johann-Saarbrücken.
Hocherlöbte. Der hiesige Zweigverein forderte für 1907...

Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 7. bis 13. April sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Brandenburg a. d. Havel...

Zusätzlich erhielten: Berlin M. 4000, Herbsleben 300, Gwandau 200, Mütenberge 120, Mütenau 100, Gammath 100, Sandbühnenstein 100, Wiesbaden 100, Dobran M. 75, Schemdt 75, Werksleben 75, Gellin 50, Wandlig 50, Ralf 30, Straßwälder 770. Summa M. 6382,70.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Sterbekasse „Grundstein zur Einigkeit“.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Auf Grund des § 13 der Satzung beruft der Vorstand im Einverständnis mit dem Aufsichtsrat die

Ordentliche Generalversammlung

zu Sonntag, den 26. Mai d. J., Nachm. 3 Uhr, ein. Diefelbe findet im Lokale von August Niek in Altona, Hamburgstr. 6-8, statt.

Tagesordnung:

- 1. Bericht des Vorstandes.
2. Bericht des Aufsichtsrats.
3. Abänderung der Satzung § 11 Ziffer 4.
4. Wahlen:
a) des Vorstandes und dreier Ersatzmänner;
b) des Aufsichtsrats und dreier Ersatzmänner.
5. Verschiedenes in Stoffangelegenheiten.

Der Vorstand.
J. A. W. Themar, Vorsitzender.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Bauunfällen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten sogleich einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Berlin. Zwei schwere Unglücksfälle haben sich kurz hintereinander auf dem Erweiterungsbau des Reichshofes...
Hamburg. Ein Baumstamm, bei dem zwei Maurer leicht und einer anscheinend schwer verletzt wurden...

als die Balkenanlage brach, samt den Stufen eine Etage tief hinab.
Hamburg. Ein Baumstamm, bei dem zwei Maurer leicht und einer anscheinend schwer verletzt wurden...

Aspe. An einem an der Berlinerstraße belegenen Neubau des Bauunternehmers Straßmann in Große Bruch am 11. April, Nachmittags gegen 2 Uhr, ein vom Polster eigenhändig hergestelltes, etwa 8 m langes Gerüst in der Höhe von 3 m zusammen.
Lautenberg. Am 5. April stürzte ein unterer Organisation noch fernstehender Kollege mit einer sieben Meter hohen Leiter um...

Mannheim. Ein schwerer Baumstamm ereignete sich am Dienstag, dem 9. April, gegen 6 Uhr Nachmittags, auf dem Neubau Strobel in der Vorgingstraße.

Schleis. Mittwoch, den 11. April, Nachmittags 6 Uhr, ereignete sich beim Ausschachten der Kanalisation ein schwerer Unglücksfall, der leicht noch schwerere Folgen nach sich ziehen konnte.

Bauarbeiterverein in Bromberg. Die Polizeiverordnung betreffend die Arbeiterfürsorge auf Bauten, die für den Stadtbereich Bromberg seit dem 3. Oktober 1906 besteht...

Aus Unternehmerkreisen.
Der Bauarbeitgeberverband in Köln a. Rh. In der Verbandstagung wurden in den Kölner Lokalblättern folgende Notiz:
Der Deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe hielt in obener Stelle des Allen Präsidiums die Jahresversammlung ab...

habe gewonnen. Zwei Incorporationen der Arbeitgeber haben sich im Berichtsjahre dem Verbands neu angeschlossen.
Diese Notiz hat infolgedessen zu manchem Zerium Veranlassung gegeben, daß sie von vielen Parteigeitungen abgedruckt und so glorifiziert wurde...

Aus anderen Berufen.
Zur Ausperrung der Hamburger Hafenarbeiter erklärt der Vorstand des Hafenarbeiterverbandes folgenden Aufruf an die Arbeiterschaft Deutschlands:
Der Kampf der Schauerleute gegen die Hamburger Hafenarbeiter dauert unerbittlich fort!

Der Kampf der Schauerleute gegen die Hamburger Hafenarbeiter dauert unerbittlich fort!
Die Arbeiter! Genossen! Bedenkt, daß wir gegenwärtig einen Kampf zu führen gegen das unerschämteste, prophanste Unternehmertum in ganz Deutschland!

Heber die Ausperrung der Holzarbeiter berichtet die Holzarbeiter-Zeitung: Der Vorstand des „Schauerverbandes“ (Unternehmerkreise) rechnet in einem Rundschreiben immer noch damit, daß in Berlin 12.000 Holzarbeiter ausgesperrt sind...

5500 übrig geblieben. Und in Kiel sind jetzt noch 371, in Burg noch 180, in Bremen 50 Kollegen zu unterstützen...

Wichtig sind in dem Rundschreiben wohl nur die Angaben über den finanziellen Zusammenbruch des Schützverbandes. Man höre: der Schützverband hat jetzt schon sein ganzes Vermögen und dazu Anleihegeber im Betrag von M. 500.000 aufgebraucht...

\* Die Maler und Anstreicher sind von ihren Herren Arbeitgebern in Rheinland-Westfalen ausgepörrt worden. Die Ursache lag in den Differenzen in Aachen...

\* Der Verband der Schneider hat seine Mitgliederzahl von 30.294 im Jahre 1905 auf rund 36.000 am Jahresabschluss 1906 gebracht...

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) Heft 28 des 25. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir hervorgehoben: Ignaz Auer - Neue Beiträge zur Biographie von Karl Marx...

Die Neue Gesellschaft, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun. Verlag: Berlin W 15. Preis für das Einzelheft 10 M., pro Vierteljahr M. 1,20.

Blut und Eisen. Krieg und Kriegerium in alter und neuer Zeit. Von Hugo Schulz. Das unter diesem Titel als 8. Band der „Kulturbilder“ erscheinende Werk ist nunmehr bis zum Heft 28 erschienen.

Der Weg zum Licht. Ein Weckruf an die deutsche arbeitende Jugend. Von Max Feyerherz. Mit einem Vorwort von Paul Göhre. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 25 M.

„Der Sozialistenführer Hilow vor dem Deutschen Reichstage.“ Unter diesem Titel erschien soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, als 6. Heft der „Sozialdemokratischen Agitations-Bibliothek“ eine Pro-

schüre, enthaltend die Reden der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wibel, David und Singer, sowie des Zentrumabgeordneten Gröber und des Reichstagsabgeordneten Hilow im vollen Wortlaut nach den stenographischen Berichten der Sitzungen vom 28. und 29. Februar und vom 1. und 4. März 1907, in denen über den Reichshaushalt verhandelt wurde.

Der „Wahre Jacob“, Mainnummer. Aus dem Inhalt hervorgehen die farbigen Bilder „Am 1. Mai“ und „Der Gaufriseur des Kapitalismus“. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 M.

Der „Süddeutsche Postillon“ Nr. 8. Aus dem reichen Inhalt heben wir hervor: Die liberal-konserverbilde Paarung (Illustr.), Ergräber als Löwe und Hofenfuß (Illustr.), Die Clique im Reichstage (Illustr.) Das Zeitgebeut behandelt die Solidarität der Hamburger Schauerleute...

Briefkasten.

\* Die Nummer 18 des „Grundstein“ muß der Verfasser wegen schon am Dienstag früh gedruckt worden. Die Verwaltungen der Zweigvereine bezügl. Zahlstellen werden daher gebeten, notwendige Bekanntmachungen so früh abzugeben, daß sie spätestens am Montag mittag in unsere Hände gelangen.

Gotha, F. K. Zwischen dem Tode des Kollegen und dem Einsetzen der Anzeige für die Sterbetafel liegen 18 Tage - das ist, wie Sie sich in jeder Nummer des „Grundstein“ überzeugen können, zu lange, und wir nehmen die Anzeige darum nicht auf.

Schleudis. Der Bericht ist anonym eingegangen. Wir hätten ihn aber auch nicht abgedruckt, wenn das nicht der Fall gewesen wäre; denn wenn der Zweigverein die Beschlüsse in 500 Exemplaren drucken lassen will, wozu sollen wir sie dann auch noch in „Grundstein“ bringen? Das wäre Raumbewerbung.

Wittebörge, D. W. Wir können leider nicht dienen.

Mittelndorf, D. W. Ohne Einsicht in die Akten genommen zu haben, können wir Rat nicht erteilen.

Kiffingen, B. S. Sie können gegen die Festlegung der Zeugengebühren, wenn Ihnen diese zu niedrig dünken, Widerspruch erheben. Die Beschwerde ist bei demselben Gericht anzubringen, vor dem die Zeugenevernehmung stattgefunden hat und kann mündlich zu Protokoll des Gerichtsschreibers gegeben werden.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bezw. Zahlstellen- oder Ortsvorsitzenden angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 10 M.)

- Bamberg. Am 18. März starb nach längerer Krankheit unser Mitglied Franz Uebel im Alter von 42 Jahren an der Prostatenkrankheit.
Breslau. Am 9. April starb unser Kollege Peter Aust aus K.L.-Ljchanisch im Alter von 34 Jahren an Lungenerkrankung.
Eben. Am 4. April starb das Mitglied Martin Rennen im Alter von 59 Jahren infolge eines Baunfallcs.
Effen. Am 13. April starb unser treuer Verbandskollege Anton Blum aus Stoppenberg im Alter 20 Jahren infolge eines Unfalles auf der chemischen Fabrik.
Karlsruhe-Daglanben. Am 7. April starb unser treuer Verbandskollege Wilhelm Pfisterer im Alter von 30 Jahren an Typhus.
Langen. Am 9. April starb nach kurzem Leiden unser Mitglied Ludwig Rüger im Alter von 57 Jahren.
Lienh. Am 1. April starb nach längerer Krankheit unser treuer Kollege Hermann Adolf.
Lützen. Am 5. April starb plötzlich unser treuer Kollege Paul Müller an Gehirnblutung.
Naarn. Am 11. April starb unser Kollege Aug. Stüge im Alter von 50 Jahren an Lungenerkrankung.
Pöschel. Am 11. April starb unser Verbandskollege Adolf Hentschel im Alter von 40 Jahren infolge eines Unfalles bei dem Neubau seines Wohnhauses.
Rohrweim. Am 5. April starb unser treues Mitglied, der Hilfskassierer Ralthasar Seifert im Alter von 39 Jahren an Herzklammerung.
Ehre ihrem Andenken!

Freystadt.

Die Adresse des Kassierers ist Paul Tietze, Rammurgerstraße 72. [M. 1,20]

Gleiwitz.

Die Adressen für den Vorstand lauten: Erster Vorsitzender Paul Fuchs, Kanalftr. 24; Erster Kassierer: O. Vogel, Gärtenstr. 5. [M. 1,50] Der Vorstand.

Landeshut.

Der erste Kassierer Heinrich Tatsch wohnt jetzt Ober-Lepersdorf Nr. 2. [M. 1,20]

Langensalza.

Unser Vorsitzender ist jetzt Kollege Louis Prenter, Unterm Berge 3 und 4. [M. 1,20] Der Vorstand.

Oschersleben.

Die Adresse des Kassierers ist jetzt: W. Reinhardt, Untere Mauerstr. 46. [M. 1,20] Der Vorstand.

Unna.

Der Zweigvereinsvorsitzende Fritz Markowitz wohnt Büttelalerweg. [M. 1,20] Der Vorstand.

Döbeln.

Sonntag, den 28. April, im Saale der „Mudenterrasse“

\* Stiftungsfest \*

bestehend in Konzert, Theater und Ball. Anfang Abends 7 1/2 Uhr. Einer zahlreichen Beteiligung aller Kollegen sieht entgegen. [M. 3] Das Komitee.

Liegnitz.

Sonntag, den 27. April, Abends 8 Uhr:

Frühjahrsvergnügen

im Gewerkschaftssaal, bestehend in Theater, Blumenversteigerung und Ball. Eintrittspreis inkl. Tanz 60 M. Hierzu ladet freundlichst ein [M. 3] Das Komitee.

Achtung, Rolandsbrüder!

Betreffs einer wichtigen Zusammenkunft des Rolandschachts eruchen wir sämtliche Rolandsbrüder, am Sonntag, den 28. April, Vormittags 10 Uhr, hierher zu erscheinen. Unmögliches, persönliches Ergehen ist durch schriftliche Mitteilung zu ersetzen. Regere Beteiligung ist sehr erwünscht. Brüderröden Gruß! Ehrbare Gesellschaft, Jena. Solidarität, Wenigen-Jena. 1

[M. 3] Mit Angabe seiner Adresse wird der Kollege Joseph Masch, Verp.-Nr. 256707, geb. zu W r z d o r f i. Wöden, von dem Zweigvereinskassierer zu Elmhorn gebeten. [90 M.]

Der den Anwesenheit des Kollegen Friedrich Schnitteke kennt, wird gebeten, dies an A. Heine-mann, Gr.-Dittersleben, Mittwoch, 46. Mittagessen. Esquinte ist aus Dittersleben gebürtig und war zuletzt in Wehfallen tätig. [M. 1,50]

Veranstaltungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

- Verbandsversammlungen der Mauer. Sonntag, den 21. April. Belgern. Nachm. 3 Uhr bei Brönningam. Jessen. Nachm. 2 1/2 Uhr in der Wohnung des Kollegen Ernst Müller in Jessen, Schloßweg. Nebrz. Nachm. 3 Uhr im „Restaurant zur Burg“. Liegnitz. Abends 6 1/2 Uhr im Gewerkschaftssaal. Sonntag, den 5. Mai. Geln. Vorm. 11 Uhr Generalversammlung im „Vollshaus“, Seebühnenstr. 10. Z.-D.: Vorstand aus Kassierbericht. Näheres folgt mitzubringen. Sonntag, den 28. April. Artern. Nachm. 3 Uhr im „Schwan“. Z.-D.: Bericht der Kommissionen. Zentral-Krankenhalle der Mauer usw. Sonntag, den 21. April. Gr.-Lichterfelde. Vorm. 10 Uhr bei August Weisen, Gönnerstr. 104. Nachm. 1 1/2 Uhr. Z.-D.: Abrechnung vom ersten Quartel. Bericht des Kassierers. Kaffeegenossenschaften. Reinsickendorf. Vorm. 9 1/2 Uhr bei Reibel. Sonntag, den 28. April. Dresden. Vorm. 11 Uhr im Vollshaus. Wichtige Tagesordnung. München. Im „Gampelhaus“, Sendlingerstr. 10, 1. Et. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.